

WERDEN SIE MITGLIED  
dgli.de/mitglied-werden



# liberal international **li-KURIER**

AUSGABE 01|2021  
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER  
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)

## TERMINE:

### VORAUSSICHTLICH

**13. NOVEMBER 2021 IN BONN :**

XV. LI DAY ZUM THEMA „MIGRATION –  
INTEGRALER BESTANDTEIL DER  
GESCHICHTE DER MENSCHHEIT“

**10. BIS 16. OKTOBER 2021:**

DGLI-DELEGATIONSREISE  
NACH GEORGIEN



Jürgen Martens

### *Liebe Freundinnen und Freunde der liberalen Sache!*

Im Umgang mit den Herausforderungen unserer Gesellschaften in den Zeiten der Corona-Pandemie zeigt sich, wie ernst es manche Politiker tatsächlich mit den Grundwerten einer liberalen Demokratie nehmen. Da liebäugeln einige ganz offen

mit autoritärem Staatshandeln und ziehen die Eignung demokratischer Konfliktlösung für Ausnahmesituationen in Zweifel. Ich finde zu Unrecht: natürlich hat es im Umgang mit der Pandemie oft schwerfällige und fehlerhafte Entscheidungen gegeben und manches Durcheinander, das z.B. bei der Organisation von Tests oder Impfungen berechtigtes Kopfschütteln auslöst. Etliche Maßnahmen sind darüber hinaus von Gerichten als unverhältnismäßig aufgehoben worden. Daraus lernt man aber auch, dass unser Rechtsstaat funktioniert. Und wenn konservative Politiker wieder einmal davon reden, man müsse auch den Ausnahmezustand in der Verfassung endlich regeln, ist das weder originell noch neu. Es zeigt allenfalls die Schwierigkeiten, die manche im Umgang mit dem liberalen Verfassungsstaat haben.

Wir müssen zugleich feststellen, dass man mit einer Verfassung noch ganz anders umgehen kann und dass die Menschen in vielen Regionen und Ländern glücklich wären, wenn sie es nur mit unseren Freiheitsgefährdungen zu tun hätten.

Das Militär in Myanmar geht nach dem Putsch mit brutaler Gewalt gegen das eigene Volk vor und versucht mit Terror die Oberhand zu behalten. In Honkong beseitigt die Regierung von Peking aus die Reste demokratischer Volksvertretung durch groteske Änderungen in den Wahl- und

Sicherheitsgesetzen und Verfolgung von Vertretern demokratischer Parteien. Am 1. April wurde dort der Rechtsanwalt Martin Lee (82) wegen Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen in 2019 zunächst zu fünf Jahren und im Berufungsverfahren zu 10 Monaten Haft verurteilt. Martin Lee ist individuelles Mitglied bei Liberal International und deren Friedenspreisträger.

Diktatoren bedienen sich einer willfährigen Justiz, um politisch Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, wie das Beispiel von Alexej Nawalny in Russland zeigt. Ganz im Sinne des russischen Umgangs mit Opposition verhält sich auch die Regierung des kleinen Nachbarn, Belarus. Seit Mitte des letzten Jahres ist die Zahl der politischen Gefangenen auf rund 300 angestiegen, viele von ihnen sitzen seit mehr als einem dreiviertel Jahr in Untersuchungshaft ohne einen Anklagevorwurf zu kennen. Auf die Frage, ob sich Belarus nicht wenigstens allgemein anerkannten Mindeststandards rechtsstaatlicher Verfahren verpflichtet fühle, kommt von Repräsentanten des Regimes höchstens ein Lächeln.

Es gibt neben den alten also auch stets neue Herausforderungen für die liberalen Kräfte auf der Welt. Häufig müssen wir sogar gegen Rückschritte auf den Kerngebieten einer liberalen Ordnung angehen. Manchmal erfolgreich, wie gegen die Einführung von Strafzöllen im Handel der EU mit den USA. Manchmal aber beginnt die Auseinandersetzung erst, nachdem Rückschritte bereits vollzogen sind, wie beim Austritt der Türkei aus der Istanbul Konvention der UN zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

In Zeiten eingeschränkter persönlicher Begegnungen ist jede politische Arbeit erheblichen Schwierigkeiten ausgesetzt. Virtuelle Kontakte →

können das persönliche Gespräch nicht ersetzen, es fehlen die Nebensätze, die spontanen Bemerkungen, das kurze Gespräch in der Pause – dadurch gehen Erfahrungsaustausch, Spontaneität und Kreativität verloren. Es bleibt zu hoffen, dass all dies bald der Vergangenheit angehört.

Im letzten Jahr mussten nahezu alle DGLI-Präsenzveranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen und wir haben versucht, dies durch virtuelle Formate zu kompensieren. Natürlich können solche IT-basierten Konferenzen keinen vollwertigen Ersatz bieten, aber zumindest haben sie einen deutlichen Digitalisierungsschub auch innerhalb der DGLI bewirkt.

Ich hoffe, wir können zumindest in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder zu gewohnten Sitzungen zurückkehren, nicht zuletzt

um die satzungsmäßigen Versammlungen und Wahlen durchführen zu können. Einen ersten Anlauf wollen wir dazu voraussichtlich am 13. November 2021 mit dem LI Day in Bonn wagen. Das Thema wird ausnahmsweise nicht die Bekämpfung oder die Folgen der Corona-Pandemie sein, sondern das Thema Migration in seiner ganzen Vielschichtigkeit. Ich hoffe auf eine interessante und erkenntnisreiche Veranstaltung sowie auf zahlreiche Begegnungen mit Ihnen vor Ort. Es gibt zum Glück also auch gute Gründe zuversichtlich zu sein.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr  
Dr. Jürgen Martens, MdB  
Präsident der DGLI

## HANS VAN BAALEN IST DER WELT ABHANDENGEKOMMEN

**Zum Tode des liberalen holländischen Weltbürgers und Freundes Deutschlands**

Der Schock sitzt immer noch tief: Wenige Wochen vor seinem 61. Geburtstag verstarb am 29. April 2021 im Krankenhaus nach schwerer, jedoch auch im engeren Umkreis nicht verlaubarer Krankheit Johannes Cornelis van Baalen – Hans –, der Präsident der Parteienfamilie der europäischen Liberalen, Alliance of Liberals and Democrats for Europe Party (ALDE Party) und Ehrenpräsident der liberalen Weltunion, der Liberal International (LI). Der Verstorbene hinterlässt seine Frau Ineke und seinen heranwachsenden Sohn Robert, auf den Hans so stolz war.

Ein beeindruckender, aufrechter und mutiger liberaler Mann ist viel zu früh von uns gegangen, und die Lücke, die dieser ehrliche, lebenswürdige, humorvolle, sachkundige niederländische Gentleman hinterlassen hat, ist groß und schmerzhaft. Persönlich habe ich einen treuen und zuverlässigen Freund verloren, den ich 1992 auf dem 45. LI-Kongress in Mainz zum ersten Mal begegnet bin. Seit dem LI-Kongress in Reykjavik zwei Jahre später ha-

ben wir eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet und eine stetig wachsende Freundschaft aufgebaut.

Der Covid-19-Pandemie ist es geschuldet, dass ich – wie viele andere auch – Hans das letzte Mal

persönlich auf dem ALDE-Kongress im Herbst 2019 in Athen traf, auf dem er für seine dritte Amtszeit als Präsident wiedergewählt wurde. Schon damals erschien er gesundheitlich angegriffen. In der ihm eigenen festen wie sanften Art beruhigte er

die Delegierten, und die Bilder und Videos, die wir während der Lockdown-Zeiten von ihm sahen, schienen seine fortschreitende Rekonvaleszenz zu bestätigen. Ja, er näherte sich der Figur des jungen Hans am Beginn seiner politischen Karriere wieder an,



Hans van Baalen auf einem Parteikongress der ALDE-Partei

Foto: ALDE-Partei

aber das erfüllte nicht mit Sorge. Sicherlich auch deswegen, weil er seinen Verpflichtungen in vollem Umfang nachkam und immer präsent war. Jetzt wissen wir, welch eiserne Disziplin er sich selbst klaglos verordnete. Selbst in den letzten Tagen vom Krankenbett aus agierte er über die insofern „hyper-diskreten“ modernen Kommunikationsmittel so, als wollte er seine Mitmenschen nicht beunruhigen, und ließ die eigene Befindlichkeit nicht nach außen dringen. Fast keiner hatte geahnt, wie es wirklich um ihn stand.

Auch dies hervorstechende Charaktereigenschaften von Hans: Willensstärke, Stehvermögen und Kämpfernatur, gepaart mit einem gehörigen Schuss Kaltblütigkeit, nicht aufgesetzte Demut und den Mitmenschen zugewandt. Alles zusammen vielleicht nicht die schlechtesten Voraussetzungen für den Dienst in der Res publica und für eine öffentliche Karriere, auch wenn dies heutzutage vielleicht einigen leider altmodisch erscheint. Und die Karriere von Hans, dem an der altherwürdigen Eliteuniversität Leiden ausgebildeten, fähigen und auch journalistisch begabten Juristen im Dienste einer der ganz großen internationalen Beratungsfirmen, der sich im Umfeld des gestrengen wie fordernden Fraktionsvorsitzenden der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), Frits Bolkestein, in der Parteiarbeit engagierte, nahm mächtig Fahrt auf: Nach gut fünf Jahren als ehrenamtlicher internationaler Sekretär beim Parteivorstand kandidierte er zum ersten Mal erfolgreich für die Tweede Kamer, dem niederländischen Unterhaus, der er – bis auf einen „Betriebsunfall“ von einem Jahr – von 1999 bis 2009 angehörte, um dann 2009 in das Europaparlament für zwei Wahlperioden bis 2019 zu wechseln.

Dieser international aufgestellte Vollblutpolitiker beschäftigte sich im nationalen wie europäischen Parlament vordringlich mit den Fragen der Außen- und

Verteidigungspolitik. Und der Oberst der Reserve der Niederländischen Armee wurde manches Mal auch für einschlägige Ministerämter gehandelt. Aber für viele war Hans eher der Phänotyp eines Parlamentariers und nicht unbedingt ein Mann der Exekutive. Im Parlament war er unzweifelhaft in seinem Element: Mit seiner schnellen Auffassungsgabe, auch komplexe Sachverhalte zu erfassen und auf das Wesentliche zu reduzieren, seinem beispielhaften Instinkt und seiner großen Intuition, die Gunst des Augenblicks zu nutzen, seinem zupackenden Pragmatismus, der von einem sicheren liberalen Kompass geleitet wurde, und nicht zuletzt auch seiner Bonhomie war es Hans, der die zu entscheidende Sache weiterbrachte und selbst in unlösbar erscheinenden Situationen immer noch einen tragfähigen Kompromiss fand. Ein „wandelnder Vermittlungsausschuss“? – Vielleicht, aber nie beliebig.

Kann es da verwundern, dass dieser mit so vielen Talenten ausgestattete, strategisch denkende und begnadete Netzwerker in den supranationalen Vereinigungen der Liberalen nicht nur ein ihm gemäßes Wirkungsfeld fand, sondern als Präsident zunächst der LI und danach der ALDE Party viel zur Ausbreitung liberalen Gedankenguts, zum Wachstum der Mitgliedschaft und dem politischen Erfolg der von ihm geleiteten Organisationen beigetragen hat? Er sah in dem organisierten Liberalismus immer einen politischen Machtfaktor, um – nicht lockerlassend und zielbewusst – Veränderung und Fortschritt zu individueller und gesellschaftlicher Freiheit hier und in der Welt zu bewirken.

Neben seinem außen- und sicherheitspolitischen Engagement und seinem unbedingten Einsatz für die Menschenrechte legte Hans während seiner LI-Präsidentschaft einen besonderen Schwerpunkt auf den freien und fairen, d.h. regelbasierten, Welthandel. Drei LI-Kongresse in Folge – von Manila über Abidjan bis zu dem

„Abschiedskongress“ in seiner Geburtsstadt Rotterdam, auf dem er auf Vorschlag von Premierminister Mark Rutte und der VVD zum Ehrenpräsidenten der LI ernannt wurde – verabschiedeten die Liberalen richtungsweisende Resolutionen zu den verschiedenen Aspekten des Welthandels. Sein Einsatz war sicherlich der großen Kaufmanns- und Handels-tradition Hollands geschuldet, vor allem jedoch der Erkenntnis, dass Handel, Entwicklung und Prosperität für das Wohlergehen der Welt, insbesondere aber der Entwicklungs- und Schwellenländer, unabdingbar sind und damit dem Weltfrieden dienen. Es wird Hans sicherlich mit großer Genugtuung erfüllt haben, dass die LI im letzten Jahr mit dem Fair Trade Committee einen dritten ständigen Ausschuss eingesetzt hat, um der zunehmenden Herausforderung der liberalen Welthandelsordnung durch Populisten auf der rechten wie linken Seite des politischen Spektrums schlagkräftiger begegnen zu können. Denn wachsender Protektionismus und systemischer Wettbewerb zwischen dem Modell der liberalen Marktwirtschaft und rosinenpickendem Staatskapitalismus chinesischer Prägung bedrohen die wirtschaftliche Freiheit.

Den „Pursuit of Happiness“ seiner eigenen Biographie, den er in seinem Heimatland und in Europa in Frieden und Freiheit und bei wachsendem Wohlstand leben konnte, betrachtete er nicht als Privileg eines zufälligen, glücklichen Geschicks, am richtigen Ort geboren zu sein, sondern als ein universelles Menschenrecht. Es war dieses Urvertrauen in die Idee der Freiheit, die spürbare soziale Verantwortung und das Gefühl für die Notwendigkeit der Chancengerechtigkeit, die Hans prägten: Freisinnigkeit und Gemeinsinnigkeit fielen bei unserem holländischen Freund nicht auseinander, nein, sie waren für ihn zwei Seiten einer Medaille.

Hans, der fließend Deutsch mit diesem gemütlichen holländischen Akzent sprach, war ein großer Freund unseres Landes. Eine

Laune der Zeit brachte es mit sich, daß er an unserem früheren Nationalfeiertag, dem 17. Juni, das Licht der Welt erblickte. Er fühlte sich Deutschland, seiner Kultur, seinen Menschen und natürlich den Freien Demokraten tief verbunden. Wenn er gesucht wurde oder helfen konnte, war er zur Stelle: Sei es langjähriges Mitglied im Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, sei es auf FDP-Parteitagen oder als Interviewpartner in den deutschen Leitmedien. Der DGLI war er sehr verbunden. In lebhafter Erinnerung geblieben sind u. a. seine beiden Keynote-Reden am IX. und XI. LI Day, die sich den Themen „Wo liegt die Zukunft der Europäischen Union? – Chancen und Herausforderungen aus liberaler Sicht“ resp. „Go West! – Zerfallende Staatlichkeit als Fluchtursache?“ widmeten.

Die Covid-19-Pandemie mit ihren Reise- und Quarantänebeschränkungen hat es den allermeisten unmöglich gemacht, in die Niederlande zu reisen, um Hans die letzte Ehre zu erweisen und seiner Familie in dieser schweren Stunde beizustehen und Trost zu spenden. Wir verabschieden uns von einem holländischen Patrioten, einem glühenden Europäer und überzeugten Weltbürger, von einem großen Liberalen und von einem klugen, unprätentiösen, warmherzigen und fürsorglichen Freund, den der unerwartet frühe Tod mitten aus dem Leben gerissen hat und vieles unvollendet lassen wird. 2014 während der Maidan-Proteste eilte Hans unverzüglich nach Kiew, um Zehntausende Demonstranten in ihrem Kampf um Würde, Freiheit und Demokratie zu ermutigen und ihnen zu versichern, sie nicht im Stich zu lassen. Nun ist es an uns Liberalen, Hans nicht im Stich zu lassen und in seinem ehrenden Angedenken weiter mit aller Kraft für den Erfolg der liberalen Sache zu wirken. Adieu, Hans, ruhe in Frieden: Sit tibi terra levis!

Manfred R. Eisenbach  
Generalsekretär der DGLI



# FIGHTING CLIMATE CHANGE

## Plädoyer für eine marktwirtschaftliche Steuerung von Umwelt- und Energiepolitik

Von Lukas Köhler

**Der Klimawandel ist die größte Bedrohung unserer Epoche. Die Risiken, die von ihm ausgehen, sind erheblich größer als die der Corona-Pandemie und seine wirtschaftlichen Folgen um ein Vielfaches höher. Zu diesem frappierenden Schluss kommt der diesjährige Global Risk Report, den das Weltwirtschaftsforum Jahr für Jahr veröffentlicht: Von den fünf größten Risiken der Welt hängen vier mit dem Klimawandel zusammen und nur eines mit Infektionskrankheiten – trotz Corona.**

Auch wenn unser Leben also vorübergehend regelrecht betäubt ist von der Corona-Pandemie, bleibt der Klimawandel die größte Herausforderung der Gegenwart und der kommenden Jahrzehnte. Und während wir Corona, vereinfacht ausgedrückt, mit Impfstoff und Immunität recht schnell in den Griff kriegen werden, müssen wir zur Verhinderung der heftigsten Folgen des Klimawandels nicht weniger schaffen als den Umbau der gesamten Weltwirtschaft, und zwar innerhalb weniger Jahrzehnte. Politische Relevanz und Wählervertrauen werden mittelfristig deshalb nur diejenigen erhalten oder erweitern können, die über fundierte ökologische Kompetenzen verfügen – und dafür bekannt sind. Deshalb müssen wir Liberale klarmachen: Wir wollen Klimaschutz und wir können Klimaschutz!

Warum wir ihn wollen, ist schnell erklärt: weil Freiheit nie ohne Verantwortung funktionieren kann. Der Schutz der Umwelt – nicht nur des Klimas übrigens – und die Rücksicht auf andere Lebewesen sind liberale Selbstverständlichkeiten. Wer Freiheit mit Rücksichtslosigkeit oder „Speziesismus“ verwechselt, hat das kleine Einmaleins des Liberalismus nicht verstanden. Nun reicht der Wille allein bekanntlich nicht, doch wir können es auch. Um unser umweltpolitisches Können zu demonstrieren, müssen wir zeigen, dass un-

ser ökologische Kompetenz ganz eng mit unserer ökonomischen Kompetenz verknüpft ist.

Deshalb müssen wir den populären und populistischen Märchen des „bösen Konsums“, der „bösen Wirtschaft“ und der „bösen Technologie“ selbstbewusst begegnen: Indem wir zuerst den wahren Kern dieser Märchen anerkennen, denn weite Teile unserer heutigen Konsumkultur sind tatsächlich alles andere als intelligent. Doch ab hier sollten wir den Spieß des traditionalistischen Öko-Narrativs umdrehen. Schließlich wird der weltweite Energiebedarf in den kommenden Jahrzehnten unweigerlich und dramatisch ansteigen. Verzicht, so konsequent er auch durchgezogen würde, kann das Problem nicht ansatzweise lösen. Wir brauchen also nicht weniger „bösen Konsum“ – sondern mehr guten! Wir brauchen kluge Wirtschaftsformen, klimafreundliche Technologien und starke Kooperationen.

Und genau hier kommt die ökonomische Kompetenz des Liberalismus ins Spiel: Wir Freie Demokraten erkennen an, wie mächtig und präzise die Mechanismen aus Angebot und Nachfrage sind. Wir wissen, wie stark das menschliche Streben nach einem sorgenfreien Leben ist. Doch im Gegensatz zu den traditionalistischen Ökologen verteufeln wir dieses Streben nicht sondern wollen es nutzen. Bisher haben wir Menschen uns maßgeblich durch das Verbrennen fossiler Energieträger aus dem wahrhaft grausamen „Leben im Einklang mit der Natur“ befreit – mit kurzfristigem Erfolg, aber langfristigen Schäden: Wer die meiste Kohle verbrannt hat, hat die meiste Kohle geschneffelt. Auf der Suche nach klimafreundlichen Alternativen zu diesem Irrweg müssen wir jetzt die richtigen wirtschaftlichen Anreize setzen. Genau das tut der Europäische Emissionshandel (ETS): Er macht all denen das wirtschaftliche Leben schwer, die

auf alte, klimaschädliche Technologien setzen, und belohnt jene, die ihre Waren und Dienstleistungen auf klimafreundlichem Wege auf den Markt bringen. Und die Kombination aus einem jährlich sinkenden CO<sub>2</sub>-Limit und dem Handel mit Emissionsberechtigungen erfüllt ihren Zweck: Alle Sektoren, die zur Teilnahme am ETS verpflichtet wurden, erreichen und übererreichen ihre Klimaziele. In allen anderen Sektoren stagnieren oder steigen die Emissionen.

Für Deutschland und Europa wäre die Ausweitung des ETS auf alle Sektoren der wirkungsvollste Schritt. Doch die Arbeit an einem intakten Weltklima geht so krass viel zu langsam voran, dass wir nicht nur einen, sondern viele Schritte weitergehen müssen: Wir brauchen einen weltweiten Emissionshandel – das wäre der sicherste Weg, den nötigen technologischen Fortschritt schnell genug zu fördern und zu fordern. Erst wenn wir die restliche Kapazität der Erdatmosphäre für Treibhausgase als eine endliche Ressource betrachten und weltweit nur noch an die Höchstbietenden verkaufen, wird der Run auf die besten Technologien die nötige Fahrt aufnehmen. Und dabei ist es vollkommen egal, welche Nation oder Technologie das Rennen macht: Hauptsache klimafreundlich, dann werden wir alle die Gewinner sein!

Heute sind wir von einem solchen globalen Emissionshandel zwar weit entfernt und es ist unmöglich vorauszusagen, ob er schnell genug gut: Emissionshandelssysteme existieren bereits in der EU, in Teilen der USA, in Russland und seit kurzem auch in China. Natürlich gibt es innerhalb dieser Systeme viel Luft nach oben, aber je stärker sich aber das Prinzip von „Cap & Trade“ verbreitet, desto größer werden die Chancen, diese Systeme sukzessive miteinander zu verknüpfen.

Passend dazu hat der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums kürzlich vorgeschlagen, die Gründung eines internationalen „Klimaclubs“ anzustreben: Eine Staatengemeinschaft, die sich auf einen Mindestpreis für CO<sub>2</sub>-Emissionen einigt und im Gegenzug keine CO<sub>2</sub>-Grenzsteuerausgleichsmechanismen vereinbaren muss – denn die sind nicht nur genauso kompliziert wie ihr Name, sondern hemmen auch den Handel und verschieben Emissionen nur, statt sie zu verhindern. Eine „Koalition der Willigen“ hingegen, die bereit ist, den Klimawandel mit dem schärfsten Schwert zu bekämpfen, nämlich der Marktwirtschaft, schlägt die richtige Richtung ein: Sie betrachtet Erderwärmung als ein globales Problem, das sich nur in globaler Kooperation lösen lässt.

Ein politischer Liberalismus, dessen Mitglieder sich selbstbewusst zu diesem Weg bekennen, kann sich im Superwahljahr 2021 mit der klugen Kombination aus Ökologie und Ökonomie die Gunst der Wählerinnen und Wähler verdienen – und mit dieser politischen Verantwortung dann für ein gutes Klima sorgen.



Dr. Lukas Köhler (34), MdB, klimapolitischer Sprecher im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, Vertreter der FDP im neu gegründeten Climate Justice Committee der Liberal International, Generalsekretär der FDP Bayern

# LIBERAL – HUMANISTISCH – GLOBAL

## Zum Tode von Hans Küng

Von Christopher Gohl

**Der Schweizer Theologe Hans Küng war mehr als nur ein „Kirchenrebell“ und „Papstkritiker“. Man muss ihn auch als Weltbürger in Erinnerung halten, der Unternehmen zu verantwortlichem Handeln ermunterte – und die Vision einer Sozialen Marktwirtschaft als globales Friedensprojekt verfolgte.**



Hans Küng

War uns zu seinen Lebzeiten eigentlich klar, was wir uns nach seinem Tod Anfang April eingestehen müssen: Dass Hans Küng einer der Unseren ist – dass wir einen großen Liberalen verloren haben? Denn Hans Küng liebte die Menschen und darum ihre Freiheit. Er war Brückenbauer eines im Glauben inspirierten Humanismus. Und er entwarf eine moralische, religiöse, politische und marktwirtschaftliche Agenda verantworteter Freiheit für das 21. Jahrhundert, die uns Liberale ermutigen sollte. Auch zur Selbstkritik.

Sein Leben lang kämpfte Hans Küng um die Freiheit zur Menschlichkeit, in der ersten Hälfte seines öffentlichen Wirkens als herausragender Theologe mit einem Programm der Liberalisierung der katholischen Weltkirche. Nachdem die Kirche ihm 1979 die Lehrerlaubnis entzog, wurde Küng zum weltöffentlichen Intellektuellen. Aus den Erfahrungen und Einsichten des 20. Jahrhunderts schuf der Schweizer Weltbürger aus Tübingen mit seinem

„Projekt Weltethos“ ein globales Friedensprojekt für Religionen, Politik und Wirtschaft im 21. Jahrhundert – und berührte damit Millionen von Menschen, Gläubige wie Nicht-Gläubige, weltweit.

Der Lust am selbstständigen und kritischen Denken war Hans Küng von klein auf mitgegeben. Geboren 1928 in der dritten Generation der Schuhhändler-Familie Küng in Sursee im Kanton Luzern, prägten die mittelständischen Sorgen und die Bedrohungen der Freiheit zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges das Leben des Schülers eines liberalen Gymnasiums. In der Tradition Wilhelm Tells sei ein Schweizer kein Untertan, erzählte Küng gerne: Ein Schweizer Bauer halte vor einem Bundesrat den Kopf eher höher als sonst. Der aufrechte Gang zieme auch einem Theologen – eine Überzeugung die ihn in Konflikt bringen wird mit den Kardinälen der Kirche, über die er spotten lernt: „Früh krümmt sich, was ein Kardinal werden will, nicht?“

Dass er selbst Priester werden will, überrascht Familie und Mitschüler: Der lebensfrohe, frisch verliebte Maturand entscheidet sich 1948 für ein Studium an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Sieben Jahre Kaderschule im roten Talar bringen beste Noten, aber schon fällt er auf durch Kritik an den Institutionen. 1957 legt er eine Dissertation über den evangelischen Theologen Karl Barth vor. Sie wird Jahrzehnte später Grundlage der ökumenischen Annäherung zwischen Protestanten und Katholiken in der Augsburger Erklärung von 1999.

Wenig später wird Küng jüngster und im Urteil von Zeitgenossen einer der einflussreichsten Berater des Zweiten Vatikanischen Konzils in Rom, das im Geiste der Erneuerung stehen soll. Ralf Dahrendorf, seit 1960 mit Küng zusammen das Duo der jüngsten Professoren an der Universität Tübingen, besucht Küng in Rom und staunt über die Öffnung der bisher so autoritären katholischen Kirche. Das Konzil bekennt sich 1965 zur Religionsfreiheit und zum ökumenischen Dialog. Aber die innerkirchliche Reaktion schlägt zurück, und Küng findet seine Rolle als Kirchenreformer.



Im Geiste des Konzils will Küng die Weltkirche modernisieren, liberalisieren, ökumenisch öffnen. Eine religionsfähige Moderne braucht, das weiß Küng, auch eine mo-

dernisierungsfähige Kirche. Sie soll im Dienste der Menschen stehen, soll ihren Frieden mit der Wissenschaft und der Gegenwart machen. Religiösen Dogmen hält Küng die Vernunft der Aufklärung, der Institution Kirche die individuelle Glaubenserfahrung, der kanonischen Lehre das Beispiel des Menschen Jesus entgegen – alles nachzulesen im ersten Band seiner Lebenserinnerungen mit dem Titel „Erkämpfte Freiheit“.

Damit stößt er in Rom zunehmend auf Misstrauen, wird beschimpft als „liberaler Theologe“, kein Kompliment. Nach einer kritischen Anfrage zur Unfehlbarkeit des Papstes entzieht ihm die Deutsche Bischofskonferenz zwei Tage vor Weihnachten 1979 die Lehrerlaubnis: ein Tiefschlag für den beliebten Professor, der liberale Katholiken aus aller Welt nach Tübingen gezogen hatte. Die CDU schweigt dazu. Trost findet Küng in der Dreikönigsrede Hans-Dietrich Genschers von 1980, der Küng klipp und klar zur Seite springt: In Deutschland gelte die Freiheit der Wissenschaft und nicht die Herrschaft des Dogmas, der baden-württembergische Wissenschaftsminister müsse Klarheit

schaffen und Küng in Tübingen behalten.

Im Rückblick empfindet Küng den Bruch von 1979 als glückliche Öff-

nung seines Horizonts. Küng war nie nur Theologe, sondern immer auch Zeitdiagnostiker – und mehr noch: Programmierer der Veränderung. Während sein geschätzter Tübinger Kollege Ralf Dahrendorf in Erasmus von Rotterdam das intellektuelle Idealbild des „engagierten Beobachters“ erkennt, will Küng ein „public intellectual“ sein und kulturelle Sensibilität, politische Wachsamkeit und soziales Engagement verbinden. Das heißt für ihn, den eigenen Worten Taten folgen zu lassen, im Zweifel „die eigene Haut zu Markte tragen“.

Der Ernstfall ist jetzt eingetreten. Küng entscheidet sich 1980, seine Thesen aufrechtzuerhalten und erhobenen Hauptes aus der Fakultät der katholischen Theologie ausziehen. Mit Unterstützung des baden-württembergischen Landtages kann er Professor bleiben und sein Verständnis und Wirken für die Ökumene ausweiten von der Christenheit zu den Weltreligionen. Das Projekt Weltethos, eingeleitet 1990 mit einem knappen Buch gleichen Namens („eine gewaltige Rede, nicht fern prophetischer Gebärde“, schreibt die NZZ), reift zur Frucht seines Lebenswerkes.

Mit seinem Projekt Weltethos will Küng die Lehren des 20. Jahrhunderts zur Schubkraft für das 21. Jahrhundert machen: Die Ideologien und Wirtschaftssysteme des 20. Jahrhunderts seien gescheitert und zerstörerisch. Kommende wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen sind für Küng absehbar. Einem drohenden Konflikt der Religionen setzt er den Optimismus



entgegen, dass Menschen sich besinnen können auf die Grundhaltung eines freiheitlichen Ethos zwischenmenschlicher wie menschheitlicher Verantwortung. Denn die elementaren Prinzipien dieses Ethos, so wird Küng in jahrzehntelangem Forschungsdialog demonstrieren, sind in allen religiösen, sittlichen und philosophischen Tra-

ditionen der Welt schon vorhanden.

Als Theologe hat Hans Küng das Weltethos-Projekt eingeleitet, etwa mit der Weltethos-Erklärung, die er 1993 nach Konsultationen mit mehr als 100 religiösen Denkern aus aller Welt dem Weltparlament der Religionen in Chicago vorlegt. Darin schlägt Küng als Elemente dieses Weltethos vor: Menschlichkeit als Gebot der Menschenwürde, ausgedrückt in der Goldenen Regel („Was du nicht willst, dass man dir tu“, das füg auch keinem anderen zu“) und gestützt durch Wahrhaftigkeit und die Partnerschaft der Geschlechter. Küng lädt die Menschen ein, ein so verstandenes Weltethos zum Kompass ihres Lebens zu erklären, zur Grundlage von Respekt vor der Vielfalt, von Verständigung und Veränderung. Das Weltparlament der Religionen stimmt zu, bis heute bleibt die Erklärung interreligiöses Grundsatzprogramm.

Aber als weltöffentlicher Intellektueller begründet Küng das Projekt Weltethos auch säkular. Der Inter-Action Council früherer Staats- und Regierungschefs unter der Führung Helmut Schmidts bittet Küng, eine Erklärung zu „Menschenpflichten“ auszuarbeiten. Sie bestätigt 1997 die Ideale des Weltparlaments der Religionen. 2001 spricht Küng auf Einladung von UN-Generalsekretär Kofi Annan vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York zum Dialog der Kulturen. 2009 entsteht zusammen mit führenden Wirtschaftsethikern ein ebenfalls bei den Vereinten Nationen vorgestelltes „Manifest für ein Globales Wirtschaftsethos“. Und im Auftrag Küngs gibt der Gründungsdirektor des Tübinger Weltethos-Instituts, der Philosoph Claus Dierksmeier dem Weltethos-Projekt 2016 ein Fundament in der Freiheitsphilosophie. Dessen Grundzüge hatte Dierksmeier übrigens schon 2008 im Schlusskapitel des Sammelbands „Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt“ von Christian Lindner und Philipp Rösler skizziert.

Das Weltethos-Projekt ist, um global gemeinsamer Menschlichkeit willen, ein Projekt der Freiheit in Vielfalt: Ein Friedensprojekt, ein Projekt menschlichen Maßes, ein

dritter Weg der Versöhnung der Extreme. Globale Fragen persönlich nehmen und menschliche Werte praktizieren – das ist für Küng keine Überforderung, sondern die Vollendung des Menschseins im Miteinander. Küng lädt ein zur Weltverantwortung in der eigenen „Mitwelt, Umwelt und Nachwelt“: das Große im Kleinen zu erkennen, im Kleinen für das Große zu sorgen, das Menschliche im Anderen zu sehen, das Gemeinsame in der Vielfalt zu finden.

Weltethos, das ist „Dialogfähigkeit als Friedensfähigkeit“, wie Küng schon 1990 programmatisch formuliert. Küng lebt es seit jeher vor. Von der Putzfrau bis zum Papst begegnet der weltläufige Mann jedem Menschen auf Augenhöhe, vom Temperament her gesegnet mit Talent zur Diplomatie, zur Konsensfindung, zum seelsorgerisch anteilnehmenden Wort. Er ist ein herausragender Gastgeber, voll intellektueller Neugier und Offenheit für Ideen. Und doch beweist er zugleich Standpunktfähigkeit, Kampf- und Streitbereitschaft für die eigenen Überzeugungen, Mut zum Widerstand.

Hans Küng hat sich von liberalen Ideen inspirieren lassen: Von der klassischen Nationalökonomie Adam Smiths, vom Kant'schen Weltfriedens-Projekt, vom Popper'schen Glauben an die Vernunft (für Küng ein Grundvertrauen) als Voraussetzung für Wissenschaft. Aber der Quell all seines Denkens war die liberale Tradition Lockes, Mills oder Hayeks ganz sicher nicht. Umso wertvoller ist das eigenständige humanistische und kosmopolitische Friedensprojekt, das uns Liberale im Blick auf sein abgeschlossenes Leben erreicht.

Denn Küngs freiheitlich verantworteten Mittelwege sind entstanden im dialektischen Denken, im Dialog mit großen Ideen und Persönlichkeiten des Glaubens, der Philosophie und Literatur, der Politik und der Wirtschaft.

So skizziert Küng auf der Suche nach einer „Politik der Verantwortung“ zwischen Macht und Moral, Realpolitik und Idealpolitik eine liberale, dialogfähige, republika-

nisch verstandene Demokratie. Und so plädiert Küng für „Wirtschaften aus Verantwortung“ zwischen einer Gesinnungsethik einerseits, die Gewinnstreben als unmoralisch diskreditiert, und einer nackten Erfolgsethik der Gewinnmaximierung andererseits. In Auseinandersetzung mit Hayek und Keynes, Eucken und Röpke bejaht Küng das ethisch und ökologisch zu erneuernde Modell der Sozialen Marktwirtschaft als globales Vorbild. Es ist zugleich ein Friedensauftrag an die Wirtschaft, worauf zwei Tage nach Küngs Tod der amerikanische Ökonom Jeffrey Sachs in seiner Dankesrede zur Verleihung der Alexander-Rüstow-Plakette der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft hinwies.

Wer immer es ernst meint mit liberaler Verantwortungsethik, wen die moralischen Motive des Liberalismus bei Smith und Kant bewegen, wer wie Mill, Dewey, Popper und Hayek die Suche nach der Wahrheit vor den vermeintlichen Besitz der Wahrheit stellt, oder wer die Liebe zur Freiheit weltweit nicht bloß für eine westliche Marotte hält, der und die finden im Werk Hans Küngs eine unerwartete Bereicherung der liberalen Tradition. Hans Küng, in Temperament und Tat ein Liberaler, hat dem Liberalismus Brücken über die gefährlichen Strudel der Polarisierung, des Kulturkampfes und der Identitätspolitik gebaut. Es ist jetzt an uns, dieses Erbe anzutreten.



Dr. Christopher Gohl, MdB, forscht und lehrt seit 2012 am Weltethos-Institut in Tübingen. Er verantwortete die Redaktion des Grundsatzprogramms der FDP, engagiert sich als Vorsitzender der Kommission Freiheit und Ethik der FDP für liberale Grundsatzfragen und rückte kürzlich in den Deutschen Bundestag nach. Die DGLI wünscht ihm alles Gute und ein hohes Maß an Wirksamkeit.

## LETTER FROM LIBERAL INTERNATIONAL

Von Manfred R. Eisenbach

Auch wenn es bei einer weltweiten, mitgliedergetragenen Organisation wie der Liberal International (LI) in der Natur der Sache liegt, die modernen Kommunikationsmittel bei ihren Aktivitäten und im Austausch mit und unter den Mitgliedern intensiv einzusetzen, erwies sich die Anfang 2020 ausgebrochene Covid-19-Pandemie als eine tiefgreifende Zäsur, die sich dauerhaft als erhofft zeigen sollte und sich erheblich auf Funktions- und Arbeitsweise der LI bis heute auswirkt.

gewählten neuen LI-Präsidentin Hakima El Haité, letztmalig das Exekutivkomitee zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Der für Frühjahr 2020 nach Sofia einberufene 63. Kongress wurde zunächst auf den Herbst verschoben, dann abgesagt, und mit Blick auf die Entwicklung der Pandemie und den Impfortschritt hofft man nun, im Spätherbst zumindest einen hybriden LI-Kongress einberufen zu können. Das LI-Präsidium hat seit März letzten Jahres voll auf digitale Sitzungen umgestellt,

zu gestalten. Das ist dem in London angesiedelten Sekretariat mit seinen wenigen Mitarbeitenden – unter den erschwerten Bedingungen des plötzlichen, ungeordneten Abgangs des erst im zweiten Jahr amtierenden Generalsekretärs Gordon Mackay gleich zu Beginn der pandemischen Lage – nach verständlichen Anlaufschwierigkeiten sehr gut gelungen. Dem zunächst mit der interimistischen Leitung des LI-Sekretariats betrauten langjährigen Pressesprecher, William Townsend, der verdien-

der Pandemie eine Vielzahl von Webinaren, sehr häufig in Kooperation mit Mitgliedsorganisationen und liberalen Stiftungen und Think Tanks, aber auch mit politisch ungebundenen Institutionen wie z. B. Universitäten. Hier ist zuvorderst der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué zu danken, der als LI Deputy President die besonderen Herausforderungen der liberalen Weltunion aus nächster Nähe



Weder konnten seither statuarische Meetings wie Kongresse und Exekutivkomitees noch Präsidiumssitzungen als Präsenzveranstaltungen stattfinden. Gleiches gilt auch für das Human Rights Committee (LI HRC) und das Climate Justice Committee (LI CJC), die beiden ständigen Ausschüsse der liberalen Weltunion. Ende November 2019 trat in der alten marokkanischen Königstadt Fès, dem Geburtsort der ein Jahr zuvor auf dem Kongress in Dakar

aber seinen Tagungsrhythmus merklich erhöht und hält jetzt alle vier bis sechs Wochen kurze Videokonferenzen ab.

Die massiven internationalen Reisebeschränkungen, der weltweite Drehtür-Effekt von einem zum nächsten Lockdown, die belastbare Planbarkeit verunmöglichten, zwangen dazu, die gesamte Tätigkeit der Organisation „von jetzt auf gleich“ weitgehend digital bzw. über die sozialen Netzwerke

termaßen Anfang diesen Jahres dann auch zum neuen Generalsekretär bestellt wurde, und seinem hochmotivierten Team gebührt hier aller Dank.

Neben einer höheren Taktung des bekannten LI Newsletter (übrigens ganz einfach auf [www.liberal-international.org](http://www.liberal-international.org) zu abonnieren!) und der Einführung eines neuen, regelmäßigen internationalen „Covid-19 Round Up“ veranstaltete die LI seit Beginn

kennt und dadurch vieles in der Zusammenarbeit möglich macht.

LI-Präsidentin Hakima El Haité suchte erfolgreich auch engeren Kontakt zur Mitgliedschaft über persönliche Ansprache in Diskussionsrunden. Mit Blick auf die im Rahmen digitaler Events erzielte enorme Erweiterung der Reichweite, des Mehr an Interaktionen und Feedback ist sicherlich davon auszugehen, dass die insgesamt positiven Erfahrungen mit diesen



virtuellen Formaten auch in Zukunft eine wesentliche Plattform der politischen Arbeit nach innen und nach außen bleiben und die traditionellen internationalen Präsenzveranstaltungen sehr effektiv ergänzen werden.

Sicherlich auch unter dem Eindruck der in Fès am Beispiel Afrikas einmal mehr geführten Diskussion über die Bedeutung von Freihandel, Direktinvestitionen und integrierten Märkten für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beschloss das LI-Präsidium Anfang 2020, eine schon seit langem erörterte Überlegung zu finalisieren und die LI durch die Einrichtung einer **Arbeitsgruppe „Fairer Handel“** auch strukturell noch breiter aufzustellen. Denn aus liberaler Sicht ist der freie, regelbasierte faire Handel eine tragende Säule für weltweiten Fortschritt, Wohlstand und Frieden. Unsere internationale Welt-handelsordnung wird zunehmend von Populisten auf der rechten wie linken Seite des politischen Spektrums herausgefordert.

Wachsender Protektionismus und systemischer Wettbewerb zwischen dem Modell der liberalen Marktwirtschaft und rosinenpickendem Staatskapitalismus chinesischer Prägung bedrohen die wirtschaftliche Freiheit. In diesem Sinne wird mit diesem neuen Gremium „Fairer Handel“, das von LI Deputy President Karl-Heinz Paqué geleitet wird, die Grundlage für einen weiteren ständigen Fachausschuss geschaffen, der die anerkannte, exzellente Arbeit der beiden schon bestehenden ständigen Ausschüsse für Menschenrechte bzw. Klimagerechtigkeit hervorragend ergänzen wird.

Dem **LI-Menschenrechtsausschuss** (LI HRC) spielt die Pandemie insofern den Ball direkt zu, als sich das Gremium als einen der drei Arbeitsschwerpunkte der laufenden Drei-Jahres-Projektperiode das Thema „Digitale Innovation und Menschenrechte“ gesetzt und dazu noch der Fragestellung der Verteidigung des demokratischen Raums durch Stärkung der bürgerlichen und politischen Rechte in den Fokus

genommen hat. Wie DGLI-Präsidiumsmitglied Steffen Pabst in seinem in dieser Ausgabe enthaltenen Beitrag zur Arbeit des LI HRC zu Recht feststellt, beobachten wir mit großer Sorge, dass unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung der Raum für Freiheit und Demokratie in demokratischen wie in autoritären Staaten rapide schrumpft(e). Das LI HRC, in dem neben Steffen Pabst auch Gyde Jensen, FDP-Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses

seines Landes war von 2014 bis 2018 UN-Hochkommissar für Menschenrechte und lehrt heute an der Universität von Pennsylvania Völkerrecht mit Schwerpunkt Menschenrechte und Prozessrecht.

Seine Ehrung fand innerhalb von einzelnen Mitgliedsparteien wegen der „herrschenden Verhältnisse in Jordanien“ nicht ungeteilte Zustimmung. Allerdings sollte der Fairness halber darauf hingewie-

und ihrer Alliierten vom Hindukusch und der politischen Landgewinne der Taliban, überlegt die DGLI, den alten Vorschlag in dem gerade aufgerufenen Nominierungsverfahren für den **Prize for Freedom 2021** zu erneuern.

Im **LI-Klimaausschuss** (LI CJC) laufen derzeit unter starker Mitwirkung von Hakima El Haité die Vorbereitungen für die vom letzten Jahr auf diesen Herbst verschobene UN-Klimakonferenz



des Bundestags, mitarbeitet, bekräftigte im Rahmen des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember 2020 nachdrücklich die Forderung, dass alle Maßnahmen, insbesondere aber Einschränkungen der Menschenrechte, sorgfältig bewertet und streng verhältnismäßig ausgestaltet werden müssen.

Pandemiebedingt konnte der angesehene **Prize for Freedom** im letzten Jahr nicht in der üblichen würdigen Form im Rahmen eines Kongresses oder Exekutivkomitees verliehen werden. Auf Vorschlag der Swedish People's Party of Finland (SFP), der die Vorsitzende des LI HRC angehört, und unterstützt durch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, wurde Seine Königliche Hoheit, Prinz **Zeid Ra'ad al-Husseini**, ausgezeichnet. Der frühere jordanische Diplomat und UNO-Botschafter

sen werden, dass Zeid Ra'ad al-Husseini während seiner Amtszeit als UN-Hochkommissar mehrfach Kritik an seinem Heimatland äußert, gegen die dort vollzogenen Hinrichtungen, die sich nachträglich auf Fehlurteile basierend erwiesen, ausgesprochen und auch häufig kritisch gegen die Allianzpolitik Jordaniens sowie den brutalen Krieg im Jemen Stellung bezogen hatte.

Die DGLI hatte die afghanische Menschenrechtaktivistin und Frauenrechtlerin, Dr. Sima Samar, für den Preis vorgeschlagen. Frau Samar war auf Grund von radikalislamistischen Drohungen in 2003 als afghanische Ministerin für Frauenangelegenheiten zurückgetreten und war 2019 wieder als Ministerin für Menschenrechte in die Regierung eingetreten. Mit Blick auf die politische Situation in diesem Land, dem bevorstehenden Rückzug der Amerikaner

in Glasgow (COP 26). Als frühere marokkanische Umweltministerin und Vorsitzende der COP 22-Weltklimakonferenz in Marrakesch ist die LI-Präsidentin als UN High-Level Climate Champion in hervorragender Weise mit der Vielzahl der komplexen und auch kontroversen Dossiers vertraut und bestens vernetzt, um die liberale Weltunion sachkundig und mit großem Momentum zu vertreten. Schon auf der Tagung in Fès hatte die LI auf Antrag von FDP und DGLI, der maßgeblich auf unser LI CJC-Mitglied und klimapolitischen Sprecher Lukas Köhler zurückging, einmütig eine Resolution mit der Forderung verabschiedet, zeitnah ein globales, effektives, faires und konsistentes Emissionshandelssystem (ETS) einzuführen. An diesem Beispiel unter vielen wird deutlich, dass die Liberalen einen sicheren Kompass haben, um auf der Basis von Technologieoffenheit und eines freiheitlichen, fai-

ren ordnungspolitischen Rahmens die existentiellen Folgen des Klimawandels durch einen schnellen, innovativen Umbau der gesamten Weltwirtschaft zu verhindern. Wir Liberale wollen Klimaschutz und wir können Klimaschutz (s.o. Beitrag von Lukas Köhler).

Aber auch intern hat die LI im Berichtszeitraum einen gewaltigen Schritt nach vorne gemacht. Auf einem hauptsächlich zu diesem Zweck am 20. Oktober letzten Jahres abgehaltenen außerordentlichen virtuellen Kongress verabschiedete die LI nahezu einstimmig die **Neufassung ihrer**

**Statuten** und schloss damit den ersten Teil eines organisatorischen Reformvorhabens ab, das der Autor dieses Beitrags als LI-Schatzmeister bereits 2016 kurz nach seiner Wahl in Mexiko aufgeleitet und beharrlich vorangetrieben hatte. Darauf aufbauend, sollte in einem zweiten Reformschritt nun zügig die Finanzverfassung der LI fortentwickelt werden, um die wirtschaftliche Basis der LI auf sicherere Fundamente zu stellen. Mit der neuen Satzung wird die Governance der LI auf die Höhe der Zeit gebracht, den über die Jahrzehnte eingetretenen organisatorischen Veränderungen

innerhalb der liberalen Weltunion Rechnung getragen sowie deren Inklusion und Diversität nachhaltig verbessert.

Mit dieser Reform und dem bereits 2017 in Andorra verabschiedeten neuen Liberalen Manifest ist die Liberal International als weltweiter Zusammenschluss liberaler Parteien und Organisationen insgesamt politischer und schlagkräftiger geworden. Unter [www.liberal-international.org](http://www.liberal-international.org) lassen sich die beschlossenen Resolutionen und weitere Einzelheiten abrufen.



Manfred R. Eisenbach, DGLI-Generalsekretär und Vorstandsmittglied des FDP-Bundesfachausschusses „Internationale Politik“ sowie ständiger Gast im FDP-Bundesvorstand. Er ist als Unternehmensberater tätig

## INTERNATIONAL AUF ZIVILGESELLSCHAFTEN SETZEN

Von Renata Alt

Angesichts der wachsenden Zahl autoritär regierter Länder auf der Welt müssen wir uns fragen, wie eine zeitgemäße liberale Außenpolitik aussehen soll. Als Bürgerrechtspartei legen wir großen Wert darauf, Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. In manchen Fällen ist der Dialog mit autoritären Regimen jedoch unausweichlich. Ein wichtiges Instrument, um diesen Spagat zu schaffen, sind Sanktionen gegen Personen, die sich nachweislich an Menschenrechtsverletzungen beteiligen. Die rechtliche Grundlage hierfür hat die EU Ende 2020 geschaffen und Sanktionen gegen einige Mitglieder autoritärer Führungen in Russland, China und Belarus verhängt.

Nicht weniger wichtig ist jedoch, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechte in undemokratischen Ländern einsetzen, direkt in Kontakt zu bleiben und diese zu unterstützen. Während wir auch mit unliebsamen Regierungen im Dialog bleiben müssen, dürfen wir die Menschenrechtler und Aktivisten nicht im Stich lassen. Ob in Hongkong, Belarus oder auf dem Balkan – die Zivilgesellschaft ist unsere Alliierte, wenn

es um die Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten geht.

Es gibt eine große Palette an Instrumenten, mit denen die Zivilgesellschaften und Aktivistinnen und Aktivisten aus undemokratischen Ländern unterstützt und gefördert werden können. Wie in vielen Bereichen spielen Entbürokratisierung und Digitalisierung eine wichtige Rolle, wenn es um eine effizientere Zusammenarbeit geht. So sollten Politische Stiftungen vor Ort mehr Freiheit bei der Wahl ihrer Kooperationspartner und dem Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel eingeräumt bekommen. Das deutsche Vergaberecht mag in vielen Entwicklungsländern scheitern aber gute Kooperationsprojekte am engen Korsett der deutschen Bürokratie.

Als im August in Belarus Proteste begannen, stellte eine Gruppe von NGOs sowie Expertinnen und Experten eine Liste von Forderungen und Handlungsempfehlungen für die Politik auf. Zu den mitunter wichtigsten Maßnahmen zählten dabei vereinfachte Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen deutschen

NGOs und belarussischen Bürgerorganisationen. Spätestens im Herbst wurde die vereinfachte Vergabe von Stipendien an Studentinnen und Studenten, die aus politischen Gründen exmatrikuliert wurden, ein wichtiges Thema. In beiden Fällen wurden erst verspätet und nur halbherzige Lösungen gefunden.

Die Unterstützung der Zivilgesellschaft kann einen nachhaltigen Unterschied machen. Das haben auch die autoritären Regime verstanden und nehmen diese deshalb verstärkt ins Visier. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die bereits aus Peking ausgewiesen wurde, schloss in Reaktion auf das Sicherheitsgesetz auch ihr Büro in Hongkong und verlegte es nach Taiwan. Mit ähnlichen Zielen fordert die russische Regierung, dass alle russischen NGOs, die internationale Partner und Geldgeber haben, sich als „ausländische Agenten“ ausweisen. Die jüngst verabschiedeten Änderungen des Bildungsgesetzes schränken zudem den Informationsaustausch ein.

Unter diesen Bedingungen müssen wir neue Wege gehen. Dabei hilft die Digitalisierung. Durch digitale

Schulungen und Maßnahmen zum Experten Austausch können Freiräume auch unter autoritären Regimes geschaffen werden. Auch für unkonventionelle Lösungen müssen wir offen sein. So könnten Visaerleichterungen für junge Menschen in Erwägung gezogen werden, damit der Austausch einfacher auf europäischem Boden stattfinden kann.

Die Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften in autoritären Ländern ist schwierig und erfordert Ausdauer und Kreativität. Langfristig zahlt sie sich aber aus.



Renata Alt, MdB, Vizepräsidentin der DGLI. Sie ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Berichterstatterin für Mittel- und Osteuropa und den Balkan sowie Obfrau im Unterausschuss Zivile Krisenprävention.



# DIE ZWEITE WELLE TRIFFT INDIEN MIT VOLLER WUCHT

Von Carsten Klein

**Ein rasanter Anstieg der Infektionszahlen stürzt Indien in eine schwere Gesundheitskrise. Die Entwicklung überschattet auch das geplante Gipfeltreffen mit der EU.**



Es hätte Narendra Modis großer Auftritt in Europa werden sollen: Beim Gipfeltreffen am 8. Mai 2021 in Portugal wollte er 27 europäische Staats- und Regierungschefs persönlich treffen. Es wäre das erste Mal gewesen, dass ein indischer Premierminister mit den Spitzen aller EU-Mitgliedsländer an einem Tisch sitzt. Doch die historische Zusammenkunft kann nun doch nicht wie geplant stattfinden – wegen der sich zuspitzenden Corona-Notlage in seiner Heimat bleibt Modi zuhause und will sich lediglich virtuell mit seinen europäischen Amtskollegen verbinden.

Die Gesundheitskrise auf dem Subkontinent dürfte dabei die Gespräche überschatten: Kein Land verzeichnet derzeit so viele Coronavirus-Infektionen wie Indien. Seit Mitte April kommen täglich Hunderttausende neue Ansteckungen hinzu. Das Gesundheitssystem befindet sich in großen Teilen des Landes am Rand des Zusammenbruchs. Die enorme Wucht, mit der Indien von der zweiten Infektionswelle heimgesucht wird, droht auch den

erhofften Wirtschaftsaufschwung auszubremsten.

Noch vor wenigen Wochen prognostizierte der Internationale Währungsfonds, dass Indiens Bruttoinlandsprodukt nach einem schweren Einbruch während des ersten Corona-Jahrs nun im laufenden Fiskaljahr um 12,5 Prozent zulegen würde. Damit stünde das Land an der Spitze der G20-Staaten. Doch angesichts der rasanten Virusausbreitung und neuer Lockdowns in wirtschaftlich bedeutsamen Teilen des Landes wie der Hauptstadtregion Delhi und Indiens reichstem Bundesstaat Maharashtra erscheinen die optimistischen Vorhersagen bereits überholt. Mehrere Analysten haben ihre Wachstumsprognosen bereits deutlich nach unten korrigiert.

Die EU will Indien nun in der schwierigen Lage zur Seite stehen: Die EU-Kommission kündigte an, Medikamente und medizinischen Sauerstoff zur Verfügung zu stellen. Massive Engpässe bei der Sauerstoffversorgung hatten die Krise in den indischen Krankenhäusern zuletzt drastisch verschärft. Auch

Deutschland will nach Angaben der Bundesregierung eine Unterstützungsmission für Indien starten. Deutschland stehe „Seite an Seite in Solidarität mit Indien“, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Für die Europäer ist die Notsituation eine Gelegenheit um zu zeigen, wie ernst sie es mit der geplanten Vertiefung der Partnerschaft mit Indien meinen. Die portugiesische Ratspräsidentschaft hatte engere Kontakte nach Neu-Delhi zu einem ihrer wichtigsten Anliegen erklärt. Die Zusammenarbeit mit Indien steht auch im Zentrum der europäischen Indo-Pazifik-Strategie, die zum Ziel hat, in Asien ein Gegengewicht zu Chinas wachsendem Einfluss zu schaffen. Auch die Bundesregierung sprach sich in ihren im vergangenen Jahr beschlossenen Indo-Pazifik-Leitlinien dafür aus, die Beziehungen in Asien breiter aufzustellen und strich dabei unter anderem eine Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation mit Indien heraus.

Die Bundesregierung wolle sich mit Nachdruck für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu einem umfas-

senden und ambitionierten Freihandelsabkommen mit Indien einsetzen, hieß es. Ein solcher Handelsdeal mit den Indern gilt jedoch als außerordentlich schwierig. Bereits vor einem Jahrzehnt hatten beide Seiten Gespräche darüber begonnen. 2013 wurden sie jedoch angesichts erheblicher Differenzen abgebrochen. Hauptstreitpunkte waren von der EU gewünschte Zollsenkungen etwa für die Automobilindustrie und der Schutz von geistigem Eigentum.

Im vergangenen Jahr bekundeten beide Seiten jedoch ihr Interesse an einem Neustart der Verhandlungen. Während die Europäer das gemessen an der Bevölkerung zweitgrößte Land der Welt vor allem als potenziell riesigen Absatzmarkt für die Exportindustrie sehen, erhofft sich Indien unter anderem einen besseren Marktzugang für seine IT-Dienstleistungskonzerne in der EU.

Eine Annäherung an die EU hat für Indien aber auch strategische Bedeutung: Mit dem von China vorangetriebenen RCEP-Abkommen, das im vergangenen Jahr beschlossen wurde, entsteht in Indiens Nachbarschaft der weltgrößte Handelsblock. Modi wollte daran nicht teilnehmen, weil er darin eine Stärkung Chinas sah. Die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen indischen und chinesischen Truppen an der umstrittenen Grenze im Himalaya hatten in Indien die Sorgen über Chinas wachsenden Machtanspruch weiter vergrößert.

Wirtschaftlich steht Modi nach der RCEP-Absage unter Zugzwang, alternative Wachstumstreiber zu erschließen. Er versucht dafür in erster Linie, Indien in den globalen Lieferketten als wichtigen Produktionsstandort zu etablieren – und hofft dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die deutsche Wirtschaft lobte zuletzt Modis Reformen zur wirtschaftlichen Modernisierung des Landes. Sie zeigte sich aber auch verunsichert mit Blick auf das Investitionsschutzabkommen mit

Deutschland, das Indien vor fünf Jahren einseitig aufgekündigt hatte – Ersatz gibt es dafür noch nicht.

Auch die Verschlechterung der Menschenrechtslage und ein Abbau von Freiheitsrechten unter der Modi-Regierung sind in den EU-Indien-Beziehungen ein kritischer Punkt. Ein neues Staatsbürgerrecht, das Muslime diskriminiert, stieß auf internationale Kritik. Aktivisten werfen der Regierung zudem vor, Kritiker zu verfolgen und einzuschüchtern. Die Denkfabrik Freedom House stuft Indien nun nur noch als „teilweise frei“ ein.

Bei ihrem nun virtuellen Gipfeltreffen im Mai wollen die EU und Indien nun eine sogenannte Konnektivitätspartnerschaft schließen, die gemeinsame Infrastrukturprojekte umfassen soll. Indiens mangelhafte Transportinfrastruktur gilt als eine der größten Hürden für den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes. Zudem sind auch die Herausforderungen in Indiens Bildungssystem enorm. Die öffentlichen Schulen sind chronisch unterfinanziert, die Unterrichtsqualität ist gerade außerhalb der Großstädte oftmals zu niedrig, um die Schüler auf das moderne Wirtschaftsleben vorzubereiten.

Dringend nötige Reformen drohen nun jedoch angesichts der Verschärfung der Coronakrise in den Hintergrund zu geraten. In einer Radioansprache verglich Modi die Infektionswelle mit einem Sturm, der das Land getroffen habe. Die höchste Priorität des Landes sei es nun, die Krankheit zu besiegen.



Dr. Carsten Klein, Vizepräsident der DGLI, Regionalleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Süd-Asien

# FÜR DIE TIBETER IM EXIL BEGINNT EINE NEUE POLITISCHE ÄRA

Von Carsten Klein

**Seit Jahrzehnten fordern der Dalai Lama und seine Anhänger im Exil mehr Freiheiten für Tibet. Nun bekommt die Bewegung eine neue politische Führung. Mehr Druck auf China steht ganz oben auf der Agenda.**

Die Heimat des Dalai Lama bekommt eine neue politische Führung. Inmitten zunehmender geopolitischer Spannungen mit China haben zehntausende im Exil lebende Tibeter einen neuen Ministerpräsidenten gewählt. Offiziell verkündet werden soll das Ergebnis der Abstimmung erst Mitte Mai. Schon jetzt steht fest, dass der künftige Chef der Exilregierung, die in der indischen Stadt Dharamsala beheimatet ist, sein Amt während einer entscheidenden Phase antreten wird: Er steht vor der Aufgabe, die wachsende China-Skepsis im Westen für die Anliegen der Tibeter zu nutzen – und gleichzeitig die eingefrorenen Gespräche mit der Regierung in Peking wiederzubeleben.

Die rund 83.000 registrierten Wähler, die rund um den Globus verteilt sind, konnten sich in der letzten Wahlrunde Mitte April zwischen dem Politikveteranen Penpa Tsering, der bis vor fünf Jahren Parlamentssprecher war, und Kelsang Dorjee Aukatsang, einem früheren Berater von Amtsinhaber Lobsang Sangay, entscheiden.

Sangay war der erste direkt gewählte Ministerpräsident der Exilregierung, nachdem der Dalai Lama vor einem Jahrzehnt seine politischen Funktionen aufgegeben hatte. Er durfte nun nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Dem 52 Jahre alten Völkerrechtler, der bis zu seiner Wahl im Ostasien-Programm der Harvard Law School in der US-Stadt Cambridge geforscht hatte, gelang es in seiner Zeit als Sikyong – so lautet der offizielle

Titel des Regierungschefs – den Tibetern erhebliche Unterstützung aus Washington zu sichern.

Die aus Sicht der Exiltibeter wichtigste außenpolitische Errungenschaft der vergangenen Jahre trägt den Namen „Tibet Policy and Support Act“ – ein vom US-Kongress verabschiedetes Gesetz, das Ende Dezember in Kraft trat. Es er-

Haushaltsvolumen der CTA von 45 Millionen Dollar, die unter anderem für Bildungs- und Sozialprogramme benötigt werden, ist das eine erhebliche Summe.

Das US-Gesetz bezieht auch in einer politisch besonders heiklen Frage klar Position: Die USA warnen China darin vor jeglicher Einmischung bei der Nachfolge des 14.



kennt die Exilregierung – die Central Tibetan Administration (CTA) – offiziell als die Vertretung der weltweit verstreuten Volksgruppe an und garantiert der Exilgemeinschaft bis 2025 finanzielle Unterstützung von neun Millionen Dollar pro Jahr. Gemessen am jährlichen

Dalai Lama, der im Juli 86 Jahre alt wird. Andernfalls würden die Verantwortlichen in China mit Sanktionen belegt, drohen die Amerikaner. Bei den Exiltibetern stieß das Gesetz auf große Zustimmung: „Das ist ein Sieg für Tibets Ringen um Freiheit“, kommentierte Sangay.



Unabhängigkeitsbestrebungen und die Forderungen nach mehr Autonomie für Tibet werden in China seit langem unterdrückt. Die Region im Hochland des Himalayas mit rund sechs Millionen Einwohnern steht seit dem Einmarsch chinesischer Truppen im Jahr 1950 unter der Kontrolle der Pekinger Regierung. 1959 flüchtete der damals 23 Jahre alte Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeter, nach der blutigen Niederschlagung von Unabhängigkeitsdemonstrationen zusammen mit Tausenden Anhängern nach Indien.

Inzwischen leben rund 150.000 Tibeter außerhalb ihrer Heimat. Während ein Teil von ihnen für Tibets vollständige Unabhängigkeit eintritt, sprechen sich der Dalai Lama und die Exilregierung für einen sogenannten „Mittleren Weg“ aus, der den Status Tibets als Teil von China akzeptiert, aber weitreichende Autonomie- und Freiheitsrechte für die Region einfordert.

Eine Abkehr von dieser Politik ist nicht zu erwarten. Im Wahlkampf um das Amt des Ministerpräsidenten sprachen sich beide Kandidaten, die die finale Wahlrunde erreichten, für den „Mittleren Weg“ aus. Penpa Tsering, der nach Bekanntgabe erster Teilergebnisse zuletzt deutlich in Führung lag, bezeichnete es im Fall seiner Wahl zum Sikyong als seine Priorität, eine internationale Kampagne anzuschließen, um China zu einer friedlichen Lösung der Tibet-Frage zu bewegen. Diese solle „sowohl für die Tibeter als auch für die Chinesen fair und gerecht sein“, betonte er. Sein Kontrahent Aukatsang versprach, die Stärkung von Tibets Freiheitsbestrebungen als zentrales Ziel seiner Politik zu machen.

Doch die Ausgangslage ist äußerst schwierig: Offizielle Gespräche zwischen den Exiltibetern und der chinesischen Führung liegen seit 2010 auf Eis – auch dem diplomatisch begabten Regierungschef Sangay gelang es nicht, sie wieder in Gang zu bringen. Zu groß sind die Meinungsunterschiede der beiden Seiten bereits in grundlegenden Fragen – etwa wo genau Tibets Grenzen liegen oder wie viel

Autonomie Tibet bereits hat. Momentan sehen Beobachter für den nächsten Regierungschef höchstens Chancen für Gespräche mit Peking auf inoffiziellen Kanälen. „Nachdem beide Kandidaten kein Chinesisch sprechen und nie in China gelebt haben, werden sie Berater benötigen, die über ein tiefes Verständnis der chinesischen Politik verfügen“, kommentierte Robert Barnett, früherer Di-

hohe Beamte, dass die gegenwärtigen Versuche der USA und Europas, in Asien ein Gegengewicht zu Chinas wachsendem Einfluss zu schaffen, auch Tibet mehr internationale Unterstützung bringen wird. Eine wichtige Rolle dürfte dabei auch dem Gastland Indien zukommen, das angesichts von Grenzkonflikten und wirtschaftlichen Streitigkeiten zuletzt zunehmend auf Distanz zu seinem nördli-

Regierungschef auch ein neues Parlament gewählt wurde, verlief ohne große Zwischenfälle – trotz massiven Wahlkampfeinschränkungen durch die Coronakrise und einem Abstimmungsverbot in Nepal, wo die Tibeter weniger politische Freiheiten haben als in Indien. „Wir senden eine Botschaft direkt an Peking: Es gibt zwar keine Demokratie in China und Tibeter in Tibet haben keine



Lencer, Tibetischer Kulturraum Karte 2, CC BY-SA 3.0

rektor des Fachbereichs „Modern Tibetan Studies“ an der New Yorker Columbia-Universität.

Am Regierungssitz der Exilregierung in Dharamsala hoffen rang-

chen Nachbarn gegangen ist. Einen wichtigen Erfolg sehen die Exiltibeter nun bereits durch die erfolgreich abgehaltene Wahl in ihrer jungen Demokratie. Die Stimmabgabe, bei der neben dem

Freiheit“, sagte der scheidende Regierungschef Sangay am letzten Wahltag. „Aber wir Tibeter im Exil genießen das Geschenk der Demokratie.“

# UPDATE AUS DEM LIBERAL INTERNATIONAL HUMAN RIGHTS COMMITTEE

Von Steffen Pabst

Trotz Corona-Pandemie setzte das LI-Human Rights Committee im vergangenen Jahr seine Arbeit intensiv fort. Die Zusammenarbeit wurde erfolgreich digital organisiert. Dies war umso wichtiger, als unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung der demokratische Raum in Demokratien wie in autoritären Staaten rapide schrumpfte. Als Liberale ist uns besonders bewusst, dass Redefreiheit eine gesunde politische Opposition sowie eine funktionierende Zivilgesellschaft die Eckpfeiler jeder gut demokratischen Gesellschaft sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Werte auf die Opferliste der Corona-Pandemie gelangen. Zudem erhöhen Gesellschaften, in denen die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in ihre Regierung haben, ihre Chancen, das Virus zu bekämpfen.

Das LI-Human Rights Committee bekräftigte im Rahmen des Tages der Menschenrechte am 10. Oktober 2020 nachdrücklich die Forderung, dass alle Maßnahmen, insbesondere aber Einschränkungen der Menschenrechte, sorgfältig bewertet und streng verhältnismäßig ausgestaltet werden müssen.

Die globale Pandemie wird jedoch weiterhin von Autokraten und Diktatoren auf der ganzen Welt als Ausrede benutzt, um ihre eigene Macht auf Kosten der Bürgerrechte oder der Opposition zu stärken. Besonders spitzte sich die Situation in Uganda zu. Oppositionsführer Robert Kyagulanyi (bekannt als Bobi Wine), Träger des African Freedom Price 2019 der Friedrich Naumann Stiftung, wurde inmitten des Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampfes unter dem Vorwand verhaftet, gegen COVID-19-Beschränkungen verstoßen zu haben. Bei Protesten gegen die wiederholten Verhaftungen und Inhaftierungen von ihm und anderen Oppositionskandidaten wur-

den im Monat vor der Wahl im Januar 2021 mindestens 55 Menschen getötet. Neben eigenen Aufrufen nutzte LI seinen Einfluss auf die Internationale Gemeinschaft und forderte diese (einschließlich der Afrikanischen Union und der Europäischen Union) nachdrücklich auf, die brutalen Verstöße zu verurteilen und Maßnahmen zu ergreifen, um Schuldige zur Verantwortung zu ziehen.

Dennoch konnte die wiederholte Festsetzung von Bobi Wine auch nach der Wahl nicht verhindert werden. In einem Webinar mit Flavia Kalule Nabagabe (Abgeordnete und Vorsitzende der Frauenliga der Oppositionspartei NUP) brachte die Vorsitzende des LI-Menschenrechtsausschusses Astrid Thors die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen am 12.2.2021 auch in die weltweite Öffentlichkeit. Das Webinar kann bei Interesse über die News-Seite auf [www.liberal-international.org](http://www.liberal-international.org) angesehen werden.

Neben Uganda wurde die Situation im übrigen Afrika intensiv beobachtet, insbesondere in Ägypten, Guinea und Sambia. Aber auch die Spannungen im Kashmir wurden diskutiert und Einfluss über politische Netzwerke gesucht. Die Entwicklungen in Kambodscha, wo Diktator Hun Sen seit November 2020 die Opposition, einschließlich des LI-Mitglieds CNRP, mit einem Massenprozess gegen mehr als 100 Aktivisten und Oppositionelle verfolgt, sind erschreckend.

Im März 2021 erklärte die Türkei ihren Austritt aus dem Istanbul Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Astrid Thors,



zende des LI-Menschenrechtsausschusses, machte daraufhin deutlich, wie wichtig dieses Übereinkommen für die Unterstützung von Frauen auch in der Türkei ist, wo Hunderte von Frauen unter Gewalt leiden. Für das Human Rights Committee forderte sie die Türkei auf, Mitglied des Übereinkommens zu bleiben, wenn diese wirklich eine gleichberechtigte Gesellschaft aufbauen wolle.

Neben der Arbeit an den akuten weltweiten Brennpunkten konnte im Oktober 2020 die erste Auswertung des „Women in Political Parties Index“ vorgestellt werden. Die Idee und Entwicklung dieses Tools für Gender-Inklusivität stammt vom langjährigen LI-Human Rights Officer Tamara Dancheva. Der Index hilft den Mitgliedern bei der Bewertung und Verbesserung Ihrer Inklusivität. Im Vorfeld waren alle Mitglieder aufgerufen, umfassende Angaben zur Situation in ihrer Organisation und ihrem Land zu übermitteln. Die Auswertung zeigt, dass sich Gender-Inklusivität positiv auf den Erfolg politischer Parteien auswirkt. Die Ergebnisse zeigen auch, dass weltweit Liberale Vorreiter bei diesem Thema sind, zugleich aber auch

bei den Liberalen weitere Herausforderungen angegangen werden müssen, insbesondere durch Bildungsangebote wie Seminare, durch welche Frauen ermutigt werden, politische Verantwortung zu übernehmen.

Der LI-Gender Equality Report 2020 kann auf der Website von Liberal International ([www.liberal-international.org](http://www.liberal-international.org)) abgerufen werden. Die Umfrage unter den Mitgliedern für den Report 2021 läuft derzeit.



Dr. Steffen Pabst, Mitglied des DGLI Präsidiums, Mitglied des Human Rights Committee der Liberal International, Wirtschaftsjurist in Leipzig



# INTERKULTURELLE KOMPETENZEN IN DER INTERNATIONALEN POLITIK

Von Michael Bahles

**Das Motto „Nichts ist praktischer als eine gute Theorie!“ gilt für viele Lebensbereiche, auch in der internationalen Managementpraxis, z.B. für Trainingskonzepte zur Verbesserung interkultureller Sensibilität und sozialer Kompetenzen im Umgang mit internationalen Geschäftspartnern. Aber auch im Kontext internationaler Politik sind Verhandlungen sicherlich erfolgreicher, wenn sich die Beteiligten über kulturelle Unterschiede bewusst sind und die Hintergründe für unterschiedliches Verhalten und Ziele besser verstehen.**

In der Managementpraxis werden verschiedene Theorien und Konzepte zu Rate gezogen. Ein Ausgangspunkt soll hier das sogenannte „Eisbergmodell“ sein.

Im internationalen Kontext „sichtbar“ sind Sprache, Traditionen, konkrete Verhaltensweisen oder Symbole. Wirksam unter dieser Oberfläche aber sind kulturell geprägte Werte und darauf basie-

se Dimensionen beschreiben, wie in unterschiedlichen Kulturen kommuniziert und interagiert wird. In „low context“-Kulturen spielt der situative bzw. persönliche Kontext keine besondere Rolle. Ausschlaggebend in der Kommunikation sind Sachthemen und Fakten. Beziehungsaspekte zwischen den interagierenden Personen sind von nachrangiger Bedeutung, ebenso wie die Situation und Atmosphäre betrifft,

europa und Lateinamerika wesentlich personenbezogener, indirekter, sensibler und oftmals deutlich höflicher als in „low context“-Kulturen.

Treffen nun diese unterschiedlichen Varianten aufeinander, ist das ein guter Nährboden für kulturelle Missverständnisse und zwischenmenschlicher Konflikte. Das führt nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der internationalen Politik zu Problemen. Als Beispiel soll hier die Verhandlung zwischen den damaligen Finanzministern ihrer jeweiligen Länder Wolfgang Schäuble und Janis Varouvakis während der Finanzkrise Griechenlands genannt werden. Wolfgang Schäuble repräsentierte eher einen sachbezogenen, di-

Ein differenzierteres Modell zum Verständnis kultureller Hintergründe bietet das „Lewis-Modell“. Analog zu dem „low/high context“-Modell von Edward Hall spricht Richard Lewis zum einen von „linear-aktiven Kulturen“, im Sinne eines Vorgehens, das strukturiert, planvoll und sequentiell („jeder Schritt zu seiner Zeit“) ist. Demgegenüber stehen „multi-aktive Kulturen“, wie südeuropäische und lateinamerikanische Länder, die spontaner agieren, weniger geplant und damit auch lebendiger und flexibler sind.

Lewis ergänzt nun diese beiden Dimensionen um eine dritte, die man insbesondere im asiatischen, aber auch arabischen Raum vorfindet.

gibt dadurch einen anwendungsorientierten Orientierungsrahmen, wie sich zu unterschiedlichen kulturellen Aspekten z.B. in multikulturell zusammengesetzten Verhandlungssituationen verhalten werden kann.

Weitere Modelle, die sowohl im geschäftlichen wie auch politischen Kontext hilfreich sein können, sind die berühmten kulturellen Dimensionen von Geert Hofstede (Individualismus versus Kollektivismus, Maskulinität versus Feminität, Machtdistanz, Unsicherheitsvermeidung, Langzeit- versus Kurzzeitorientierung) sowie eine Zusammenfassung von unterschiedlichen kulturellen Dimensionen in der sogenannten „Culture Map“ von Erin Meyer.

Den genannten Modellen gemeinsam ist das Ziel, die eigene kulturelle Prägung bewusst zu reflektieren, ihre Wirkungsmechanismen in der sozialen Interaktion genauer zu verstehen und sowohl die Gemeinsamkeiten wie auch die Unterschiede zu erkennen und zu würdigen. Darauf basierend lassen sich durchaus erfolgversprechende Vorgehensweisen und Strategien entwickeln, die auch im politischen Kontext zu einer besseren Verständigung und guten Ergebnissen führen.

# RÜCKBLICK AUF DGLI-VERANSTALTUNGEN

## Web Talk: DGLI-Impuls digital

Von Hellmut Meinhof

Betrachten wir die Pandemie als eine „apokalyptische“ Zeit, lässt sich das durchaus wortwörtlich verstehen: Apokalypse, übersetzt als „Offenbarung“, beschreibt ganz gut, dass wir lernen, unsere Lebenswelten – persönlich, sozial, wirtschaftlich, technologisch etc. – wie unter einem „Brennglas“ vergrößert zu sehen. Dabei sollten wir beherzigen, was bereits J. W. v. Goethe uns aufgegeben hat: „Was ist das Schwerste von allem? Was dir das Leichteste dünkt: Mit den Augen zu sehn, was vor den Augen dir lieget“.

Wir alle sind unfreiwillig Zeugen eines historischen Ereignisses geworden und erleben mehr oder weniger hautnah und in allen Lebensbereichen, was eine Pandemie eigentlich bedeutet, wie umfassend sie unser Leben verändert und wie sich so etwas überhaupt „anfühlt“. Diese Situation, in die wir als Gesellschaft hinein geraten sind, wollten wir in Web Talks unter dem Titel „Unsere Welt mit und nach Corona“ reflektieren. Mit Dr. Ole Schröder und Prof. Dr. Justus Hauicap standen uns zwei prominente Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft zur Verfügung, mit denen wir das gemeinsam getan haben.

Thematisiert wurden die unmittelbaren Erfahrungen und Veränderungen im Arbeitsalltag, z.B. die Verlagerung ihrer Arbeitskontexte und -einheiten ins Home Office, die Vor- und Nachteile digitaler Kommunikationsformate oder die Folgen eingeschränkter Mobilität. Ebenso haben wir die Auswirkungen auf den persönlichen Alltag

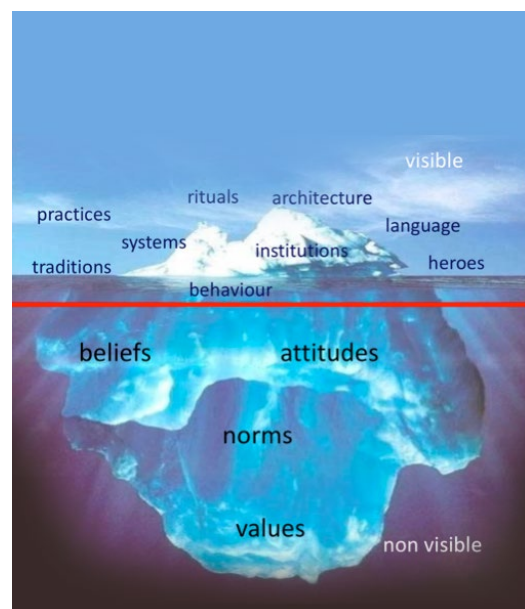
und das Familienleben diskutiert. Die restriktiven Maßnahmen von Bundes- und Landesregierungen fanden prinzipiell Verständnis und Zustimmung. Aber man war sich auch einig, dass die durch die Pandemiebekämpfung entstehenden Kollate-

raffel sind und schnell übersehen werden, zu Leidtragenden. Deshalb kam die Forderung auf, dass es statt eines „Gießkannenprinzips“ eine differenzierte Strategie braucht, die auf der Grundlage valider Erkenntnisse über das Infektionsgeschehen gezielt Maßnahmen auf die jeweils unterschiedlich betroffenen Branchen und Situationen abstimmt.

Am Beispiel des Bildungssektors lässt sich der Handlungsbedarf besonders deutlich erkennen. Die negativen Auswirkungen sind hier umso gravierender, je jünger die Kinder und je schwieriger die Herkunftsmilieus sind. Die Defizite der heranwachsenden Generation hinsichtlich ihrer kognitiven, psychischen und physischen Entwicklung dürften gigantisch sein.

Thema war auch, dass die Verlagerung des akademischen Lehrbetriebs in digitale Kommunikationsformate Einschränkungen in der sozialen Interaktion mit sich bringen. Die Feinheiten in der Wahrnehmung gehen teilweise verloren, so dass weniger gut erkennbar wird, ob und wie einzelne Studierende gezielt unterstützt werden sollten, um sich besser in die Kommunikationssituationen einzubringen. Diese Erfahrung ist sicherlich in ähnlicher Weise auch aus Videobesprechungen bekannt.

Bei globaler Betrachtung der Pandemiebekämpfung wird auch eine Konkurrenz zwischen den vorherrschenden politischen Systemen bei der Suche nach den besten Lösungsansätzen erkennbar: freiheitlich-demokratische versus autoritär-totalitäre Staatsysteme, Marktwirtschaft versus Planwirtschaft. Natürlich ist es erst einmal schwer



Eisbergmodell

rende Normen, Einstellungen und Glaubensvorstellungen. Ein Grundverständnis für diese tief liegenden Unterschiede fördert gegenseitiges Verständnis und vermeidet Missverständnisse.

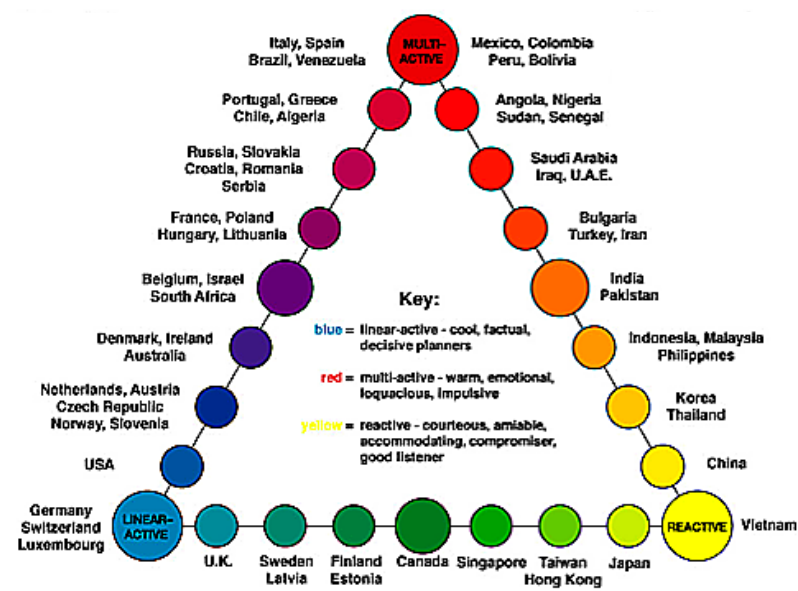
Der Anthropologe und Ethnologe Edward Hall unterscheidet zwischen sogenannten „low context“- und „high context“-Kulturen. Die-

in welcher die Interaktion geschieht. Deshalb ist der Stil der Kommunikation direkt, klar und sachbezogen. Diese Art der Interaktion findet sich vor allem in nord- und westeuropäischen Ländern, z.T. auch in den USA.

Demgegenüber ist der Kommunikationsstil in „high context“-Kulturen, wie in asiatischen oder arabischen Ländern sowie in Süd-

rekten Kommunikationsstil, Janis Varouvakis demgegenüber eher die Aspekte einer lebendigeren und beziehungsorientierten „high context“-Kultur. Die Perspektiven waren so unterschiedlich, dass es zu keiner Annäherung und keinem Verhandlungserfolg kam, schließlich wurde der griechische Finanzminister durch Efklidis Tsakalotos ersetzt.

Dabei handelt es sich um sogenannte „reaktive Kulturen“, die zunächst zurückhaltend, abwartend und beobachtend sind und dadurch als sehr höflich wahrgenommen werden. Diese drei kulturellen Dimensionen („linear-aktiv“, „multi-aktiv“ und „reaktiv“) spannen einen Raum auf, in dem sich unterschiedliche Kulturen in ihren jeweiligen Ausprägungen zuordnen lassen. Dieses Modell



Cultural Types: The Lewis Model (Linear-active, multi-active, reactive variations) www.crossculture.com



Prof. Dr. Michael Bahles lehrt Internationales Management an der Business School Berlin sowie an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Wirtschaftsuniversität Prag. Er ist Generalsekretär der DGLI-Sektion Berlin.



Dr. Ole Schröder, Vorstand der SCHUFA Holding AG, Staatssekretär a. D. beim Bundesministerium des Inneren



Prof. Dr. Justus Hauicap, Direktor des Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Foto © Laurence Chaperon

Foto: www.dice.hu.de



erträglich, wenn autoritäre Systeme offensichtlich besser durch die Krise kommen, weil sie pragmatischer, schneller und mit weniger Rücksicht auf rechtsstaatliche Bedingungen agieren können. Aber einig war man sich dennoch, dass die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mit den Grundwerten von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten im Einklang stehen müssen.

Beim Thema Marktwirtschaft wurde deutlich, wie sehr es echte Wettbewerbsstrukturen braucht, um eine Volkswirtschaft langfristig leistungs- und innovationsfähig zu halten. Denn Wettbewerb bietet nun einmal nachweislich die besten Voraussetzungen für individuellen Wohlstand, persönliche Freizügigkeit und Unabhängigkeit. Allerdings verursacht Wettbewerb zwangsläufig ein gewisses Maß an Unsicherheit. Das kommt in Krisenzeiten wie jetzt leider nicht wirklich gut an, weil das Bedürfnis nach Sicherheit vorherrscht.

Das Wettbewerbsprinzip lässt sich auch auf die Pandemiebekämpfung anwenden, weil föderale Strukturen eben auch eine Wettbewerbssituation darstellen. So gesehen fördert diese Situation die Konkurrenz um die wirkungsvollsten Maßnahmen. Also warum nutzen wir eigentlich nicht die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit der Vorgehensweisen in den einzelnen Bundesländern, um zu vergleichen und anschließend zu evaluieren? Das wäre dann zumindest eine spannende Lernkurve, die wir gemeinsam absolvieren.



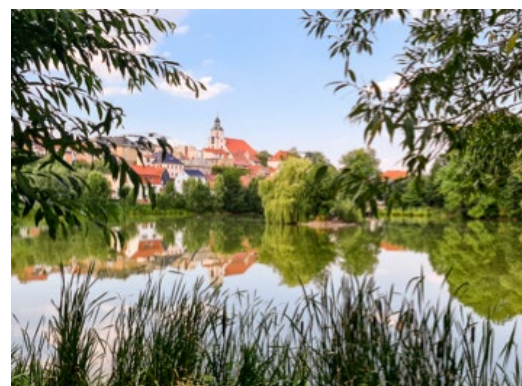
Hellmut Meinhof, Mitglied des Präsidiums der DGLI

## VIER-LÄNDER-SOMMERREISE 2020

Die folgende Fotostrecke gibt einen kurzen Überblick über die DGLI-Sommerreise, die uns im vergangenen Jahr nach Thüringen, Sachsen, Bayern und Tschechien führte.

Von Carsten Klein und Hellmut Meinhof

### Ronneburg in Thüringen



Der ostthüringische Landschaftspark „Neue Landschaft Ronneburg“ entstand aus einem ehemaligen Uranerz-Bergbaugebiet und wurde Teil der Bundesgartenschau 2007.



### Besuch von „Little Berlin“



Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth; Der Ort Mödlareuth in Nordbayern war in der Zeit des geteilten Deutschlands von der innerdeutschen Grenze mit Grenzanlagen und einer Mauer durchschnitten. Als Sinnbild der Trennung wurde der Ort auch „Klein-Berlin“ genannt und ist heute ein Freilichtmuseum.

### Bundespolizeiinspektion Selb



Die Grenze zwischen Bayern und Tschechien wird u.a. stark von Pendlern frequentiert. Weil diese Grenzregion zugleich anfällig ist für Kriminalität, z.B. Rauschgiftsmuggel, braucht es auch gezielte Überwachung. Hier bei einer mobilen Grenzkontroll-Aktion. Links: Manfred R. Eisenbach (DGLI-Generalsekretär), Mitte: Frank Müller-Rosentritt MdB (Vorsitzender der FDP Sachsen)

### Panzerpionierbataillon Gera



Die Bataillonsführung und Kompaniechefs präsentierten die Bedeutung des Standorts für Region und Arbeitsmarkt. Die technische Ausrüstung kommt auch bei zivilen Katastropheneinsätzen in der Region zum Einsatz. Beeindruckend war die Vorführung eines Brückenpanzers.

### Papierproduktion im Vogtland



Besuch der Koehler Greiz GmbH & Co. KG: Hier werden hochwertige farbige Kartonagen hergestellt. Zu sehen sind u.a. Geschäftsführer Udo Hollbach (ganz rechts) und Landtagsvizepräsident Dirk Bergner (Mitte)

### Plauen



Plauen hat als „Spitzen-Stadt“ nicht nur eine große Tradition in der Textilproduktion. Auch die friedliche Revolution im Zuge der deutschen Wiedervereinigung spielte eine bedeutende Rolle. Zur ersten Demonstration gegen das DDR-Regime kamen am 7. Oktober 1989 tausende Menschen spontan zusammen, versammelten sich am Tunnel und zogen vor das Rathaus. Die dem Rathaus gegenüberliegende Lutherkirche ist bis heute Sinnbild des friedlichen Protestes.

### 30 Jahre FDP Sachsen



Die Liberalen und Sachsen: das passt einfach gut zusammen, so war z.B. auch Friedrich Naumann Sachse! Im August 1990 wurde der FDP-Landesverband Sachsen gegründet und kam bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen unter Führung ihres Spitzenkandidaten Wolfgang Mischnick auf Anhieb auf 13 Prozent. Grund genug, das 30jährige Bestehen des FDP-Landesverbands in festlichem Rahmen zu begehen. Vor der Eingangstüre der Lutherkirche in Plauen (v.l.n.r.): Frank Müller-Rosentritt MdB (Vorsitzender der FDP Sachsen), Joachim Günther (Staatssekretär a.D.) und Dr. Carsten Klein (DGLI-Vizepräsident)

## MEDIA VITA IN MORTE SUMUS

### Nachruf auf Jonathan Fryer

Von Manfred R. Eisenbach

Im April verstarb unser britischer Parteifreund Jonathan Fryer wenige Wochen vor seinem 71. Geburtstag. Kurz vor seinem Tod hatte er sich in einer bewegenden Facebook-Botschaft aus der Klinik von der „Welt“, seinen Freunden, Bekannten, Lesern und politischen Weggefährten, verabschiedet und darauf viel Trost und Zuspruch von weither erhalten.

Jonathan, seit noch nicht allzu langer Zeit Vorsitzender des Federal International Relations Committee der LibDems und zweimaliger Vorsitzender der Britischen Gruppe der Liberal International, ist den meisten von uns von den Tagungen der ALDE-Partei und der Liberal International bestens bekannt und sicherlich als sehr aktiver, meinungsstarker, Dossierfester und fairer Delegierter in Erinnerung. Auch bei unterschiedlichen Positionen in der Sache, was auch unter Liberalen vorkommen soll, stand eine gelegentliche Meinungsverschiedenheit menschlich und persönlich nie trennend zwischen ihm und seinen Gesprächs- oder Verhandlungspartnern. Sein unverwechselbarer britischer Humor, gepaart mit leiser Selbstironie, und seine unverbrüchliche liberale Gesinnung sowie seine Zugewandtheit zu den Menschen zeichneten Jonathan in besonderer Weise aus.

Dass Freiheit und (Selbst-)Verantwortung bei Jonathan zentrale Werte seines Lebens waren, erschließt sich aus seiner Biographie: Nach schwerer Jugendzeit, in der ihm nichts geschenkt, aber vieles abverlangt wurde, ergriff Jonathan den Journalistenberuf und war die meiste Zeit freischaffend tätig. Dabei zeichnete ihn sein scharfer Blick und investigativer Impetus, seine zupackende Art und treffliche Formulierungskunst aus. Sein erstes „Säurebad“ erhielt er während des Krieges in Vietnam schon als 18-jähriger Volontär in der Kriegsberichterstattung, und so erstaunt es nicht, dass er auch später noch weiter in Brennpunkten der Weltpolitik, z. B. im Nahen und Mittleren Osten, unterwegs war. Nach eigenen Angaben hatte er 168 Länder bereist. Sein Wissen und seine Erfahrungen teilte er, der auch fließend Französisch und sehr

ordentlich Arabisch sprach, gerne mit anderen, sei es als Dozent an der SOAS University of London (School of Oriental and African Studies), sei es als gesuchter „speaker in residence“ auf Kreuzfahrtschiffen. Seiner Partei, den LibDems stand Jonathan auch in anderen Funktionen zur Verfügung, wenn es darum ging, innenpolitisch Flagge zu zeigen: So war er längere Zeit Vorsitzender der LibDems in der Region London und kandidierte viele Male sowohl für das Unterhaus als auch das Europaparlament. Leider war es ihm dabei nicht vergönnt, in ein öffentliches Amt gewählt zu werden. Weniger bekannt dürfte hierzulande Jonathans recht umfangreiches schriftstellerisches Oeuvre sein. Er ist Autor einer Vielzahl von biographischen Werken über bedeutende Künstlerpersönlichkeiten nicht nur unserer Zeit und von politischer Literatur, wie z. B. sein bereits 1975 erschienenen Buch „The Great

Wall of China“ und 2010 „Kurdistan. A Nation Emerges“.

Mit Jonathan verlieren wir einen überzeugten Europäer, dem der Brexit mächtig zu schaffen machte, und einen verlässlichen politischen Partner. Aber vor allem anderen müssen wir viel zu früh von einem lebenswerten Menschen und guten Freund Abschied nehmen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Jonathan hinterlässt seinen Lebenspartner, dem es wegen der Covid-19-Pandemie nicht vergönnt war, ihn in seinen letzten Tagen zu besuchen. RIP.



Jonathan Fryer

Foto: www.libdemstudies.org.uk



# NAWAL EL SAADAWI – EINE STREITBARE IKONE DES ARABISCHEN FEMINISMUS IST NICHT MEHR

## Der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung geht weiter

Von Manfred R. Eisenbach



Nawal El Saadawi

Auf Vorschlag von FDP und DGLI verlieh 2014 Liberal International 2014 Waris Dirie, der somalischen Autorin und Aktivistin und dem früheren Super-Model, für ihre Pionierarbeit im Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation – FGM) den Prize for Freedom. Damit ehrte die liberale Weltunion die UN-Sonderbotschafterin für die Abschaffung der FGM für ihren 16-jährigen Kampf gegen diese grausame und aller körperlichen Unversehrtheit der Person hohnsprechende Praxis der Beschneidung junger Mädchen vor allem in sehr konservativen, traditionellen muslimischen Gemeinschaften. Die LI zeichnete sie aber auch für ihre öffentliche Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung aus, die sie bis heute mit ihrer auch in Deutschland präsenten Desert Flower Foundation fortführt.

Nach Angaben der Bundesregierung sind weltweit über 200 Millionen Frauen auf Grund traditioneller Praktiken von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen, drei Millionen Mädchen sind jedes Jahr von ihr bedroht. Alleine in Deutschland leben 68.000 Frauen, die eine Genitalverstümmelung über sich ergehen lassen mussten. Und 15.000 Mädchen leben hier in

der Angst, dass ihnen eine solche schwere Körperverletzung angeht, beispielsweise während eines (Ferien-)Aufenthalts im Heimatland. Deshalb war es nur zu begrüßen, dass die Bundesregierung im Februar einen Schutzbrief, der in zahlreichen Sprachen verfügbar ist, herausbrachte, der unmissverständlich feststellt, dass weibliche Genitalverstümmelung gegen deutsches und internationales Recht verstößt und in Deutschland als schweres Verbrechen bestraft wird, auch wenn der Tatort im Ausland liegt. Dieser offizielle Schutzbrief gibt den Mädchen und ihren Eltern starke und überzeugende Argumente gegen den gesellschaftlichen und familiären Druck in den Herkunftsländern an die Hand, Genitalverstümmelung nicht als Teil der Kultur zu sehen, sondern als Verbrechen mit schwerwiegenden Rechtsfolgen für diejenigen, die es begehen, sich daran beteiligen oder wissentlich auch nur dulden.

Wie die fünfjährige, in eine Nomadenfamilie geborene und mit 13 Jahren einer Zwangsheirat nach Großbritannien entflohenen Waris Dirie durchlitt die aus einer wohlhabenden ägyptischen Familie stammende Nawal El Saadawi im Alter von sechs das Beschnei-

dungstrauma, das sie auch in ihrem ins Deutsche übersetzte Buch „Tschador. Frauen im Islam“ (1980) verarbeitete.

Die nun wenige Monate vor ihrem 90. Geburtstag verstorbene feministische Menschenrechtsaktivistin aus dem Nildelta entwickelte sich ganz anders als von Frauen ihrer Generation erwartet wurde: Nicht fügsam und Sexualität als ein absolutes Tabu betrachtend, sondern als rebellisches zweites Kind von neun Geschwistern, das sehr schnell herausfand, das Mädchen weniger galten als Jungen: Sie studierte Medizin in Kairo und an der New Yorker Columbia University und warf sich als junge Ärztin furchtlos in den Kampf gegen FGM, behandelte Mädchen mit verpfuschten Genitalbeschneidungen, brach Tabus ohne Ende und wandte sich vehement gegen die gängige Doppelmoral, die Frauen Menschenrechte und sexuelle Selbstbestimmung absprach.

Als eine in ihrem Heimatland äußerst kontroverse Persönlichkeit wurde El Saadawi verschiedentlich inhaftiert, ihre Bücher wurden verboten, Todesdrohungen gegen sie ausgestoßen – aber mundtot machen konnte man sie nicht. Die aktivistische Ärztin und Autorin trug mit ihren mehr als 40 Büchern (von denen etliche auch in Deutsch erschienen) wesentlich mit zur Bewusstseinsbildung von Millionen Ägypterinnen und Frauen weltweit bei. Ihre bahnbrechende Publikation „Frauen und Sexualität“ (1972) liegt leider nicht auf Deutsch vor, gilt aber als grundlegend für das Verständnis von patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen mit ihrer systemischen Gewalt und Repression.

Was, wen würde es wundern, zu El Saadawis Entfernung aus leitender

Funktion im ägyptischen Gesundheitsministerium führte. Spätere Inhaftierung, mehrjähriges Exil in den USA, um Morddrohungen zu entweichen, der missglückte Versuch reaktionärer religiöser Kreise, sie wegen provokativer Interpretation des Islam als Abtrünnige zwangsscheiden zu lassen, und vieles mehr konnte sie in ihrem politischen sozialistisch-libertären Engagement nicht bremsen: In einem symbolischen Akt kündigte sie 2004 ihre Gegenkandidatur bei den Präsidentschaftswahlen gegen Hosni Mubarak an, zog diese dann aber wegen der offensichtlich unfairen Wahlkampfbedingungen zurück, war aber wenige Jahre später im „Arabischen Frühling“ wieder auf dem Tahrir Platz mitten unter den Protestierenden, die Mubarak aus dem Amt jagten.

In den letzten Jahren wurde es etwas ruhiger um Nawal El Saadawi, die mit vielen internationalen und akademischen Ehrungen ausgezeichnet wurde. Aber wie Waris Dirie einmal zu Recht anmerkte, ging ihr Einfluss weit hinaus über die arabische Welt: sie war prägend für den Feminismus im globalen Süden. Als dessen Ikone gehörte sie zweifelsohne zu den feministischen Führungspersonlichkeiten unserer Zeit. Der Verfasser dieses Beitrags erinnert sich der Verstorbenen, mit der er anlässlich des 56. LI-Kongresses in Kairo zusammentraf, mit großer Sympathie und Hochachtung, stand sie doch Seite an Seite mit den Liberalen beim Einsatz für die Menschenrechte und die Verteidigung der Rechte der Frauen.

Der Kampf gegen FGM, gegen Zwangsheirat und religiös verbrämte Ehrenmorde geht aber weiter, das sind wir alle Nawal El Saadawi schuldig. Sit tibi terra levis!

# EMMI WEISS – WIR TRAUERN UM DAS LIBERALE URGESTEIN FRANKENS

Von Manfred R. Eisenbach

Erst wenige Tage vor Ostern erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser langjähriges und auch international sehr engagiertes Mitglied Emmi Weiß bereits am 3. Oktober letzten Jahres, einen Monat vor der Vollendung ihres 85. Geburtstags, verstorben ist. Ihr Tod ist nicht nur für die liberale Familie ein herber Verlust, denn bis zuletzt hatte sie sich für unser Gemeinwesen partei- und auch in vielfältiger Weise gesellschaftspolitisch in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv engagiert.

Nach der Koalitionswende 1983 in die Freie Demokratische Partei eingetreten, stieß Emmi bereits Ende 1986 zur Deutschen Gruppe der Liberal International und nahm an unseren Veranstaltungen regen Anteil. Ihr lebhaftes Interesse am liberalen Leben in der Welt machte sie zur häufigen Besucherin der Kongresse der Liberal International. Bei einer dieser Gelegenheiten wurde die Delegierte Emmi Weiß auf das internationale Netzwerk liberaler Frauen aufmerksam, trat dieser Organisation sofort als individuelles Mitglied bei und vertrat dann innerhalb von

INLW – oft alleine – umsichtig und mit Verve die frauenpolitischen Positionen sowohl der DGLI als auch der FDP. Mit dem ihr eigenen fränkischen Charme, ihrem lebenswürdigen Auftreten, ihrer Offenheit und pragmatischen Zugewandtheit erwarb sich nicht nur dort Anerkennung und schloß viele persönliche Freundschaften. In politisch heiklen Fragen war sie oft Teil der Lösung, als an der Sache orientierte, freisinnige Feministin war sie nie Teil des Problems. Als prinzipientreue Liberale trat sie ohne Wenn und Aber für die Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen und privaten Leben ein, undifferenzierte Gleichstellung war allerdings nie ihr Ding.

So verwundert es auch nicht, daß Emmi bis zuletzt politisch aktiv blieb und noch bei den bayrischen Kommunalwahlen im März letzten Jahres wieder auf der Liste der FDP für das Gemeindeparlament ihrer Heimatstadt Schwabach (b. Nürnberg) kandidierte. Zwar auf einem chancenlosen hinteren Listenplatz, aber ihre Persönlichkeit, ihr Name bewegte Wähler, für Emmis liberale Partei die Stimme abzugeben; viel-

leicht auch deshalb, weil sie auch im fortgeschrittenen Alter noch im Straßenwahlkampf mitmischte. Da blieb sie sich ebenso treu wie bei früheren vergeblichen Kandidaturen zum Bayerischen Landtag: Wenn sie gerufen wurde, war sie da und tat was.

Emmis unverstellte Heimatverbundenheit brachte ihr den Spitznamen der „Frankenversteherin“ ein, ein sicherlich nicht gering zu bewertendes Lob in dieser evangelisch geprägten, kritischen und allem alt- und oberbayrischen Machtanspruch gegenüber skeptischen Regionen des Freistaats. Zeitgeschichtlich Bewanderte wissen sich nur zu gut zu erinnern, dass Emmis Mittelfranken immer eine Hochburg der Liberalen war und mit dem politischen Erfolg dort noch heute stets der Einzug ins Maximilianeum in München verbunden ist. Als langjährige Vorsitzende der Fränkischen Arbeitsgemeinschaft wurde Emmi 2013 durch den früheren Landtagsvizepräsidenten Helmut Ritzer mit der Ehrenmitgliedschaft des Vereins ausgezeichnet und ihr maßgeblicher Beitrag bei der Herausgabe der Festschrift „Franken: Eigenständige Region in



Emmi Weiß

Europa“ besonders gewürdigt.

Der Nachruf auf Emmi Weiß wäre unvollständig, wenn nicht auch ihr besonderes Engagement im Evangelisch-Liberalen Gesprächskreis Bayern (ELGB) berücksichtigt würde. Diesem Zusammenschluss von interessierten Menschen mit dem Ziel, das Gespräch zwischen Evangelischer Kirche und FDP inhaltlich zu führen, zu fördern und mitzuhelfen, daß offene Fragen zwischen beiden geklärt werden, diente die Verstorbene über mehrere Jahre als Sprecherin.

Emmi Weiß, diese patente, zupackende, bescheidene, einfach liebenswerte Fränkin, diese deutsche Patriotin und überzeugte Europäerin wird uns fehlen, aber in unserer dankbaren Erinnerung wird sie verbleiben. Und wenn man es genau nimmt, war es vielleicht eine besondere Fügung des Schicksals, daß sie am Tag der Deutschen Einheit, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Landes, die sie so glücklich gemacht hatte, von uns gegangen ist. R.I.P.

## TERMINE

### XV. LI Day am voraussichtlich 13. November 2021 in Bonn

Der diesjährige LI Day wird das Thema Migration als prägenden Bestandteil der Menschheitsgeschichte in unterschiedlichen Facetten behandeln und soll nach gegenwärtigem Stand am 13. November 2021 in Bonn stattfinden. Eröffnet wird er vom stellvertretenden Ministerpräsident des Landes Nordrhein Westfalens und Ministers für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Dr. Joachim Stamp, MdL. Nähere Informationen finden Sie demnächst auf [www.dgli.de](http://www.dgli.de).

### „LIBERAL VISION“ ABONNIEREN!

Abonnieren Sie doch einfach – gerade in diesen Covid-19-belegten Zeiten – den neugestalteten und informativen Newsletter der Liberal International unter [www.liberal-international.org](http://www.liberal-international.org). Sie werden dann über alles Wissenswerte aus der liberalen Weltfamilie informiert.

**Impressum:** LI-Kurier – Magazin der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL e. V. (DGLI), 21. Jahrgang. Anschrift: Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL (DGLI), Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin, E-Mail: [info@dgli.de](mailto:info@dgli.de), Homepage: [www.dgli.de](http://www.dgli.de), Fotos: Soweit nicht anders angegeben, dankenswerter Weise lizenzfrei von [www.pixabay.com](http://www.pixabay.com), Redaktion: Hellmut Meinhof, Präsidiumsmitglied, E-Mail: [hellmut@meinhof.de](mailto:hellmut@meinhof.de), Redaktionsschluss: 4.5.2021

### Georgien als Ziel der DGLI-Delegationsreise 2021

Als Ziel für unsere DGLI-Delegationsreise im Herbst diesen Jahres vom 10. bis 16. Oktober haben wir Georgien gewählt. Weitere Informationen finden Sie – sobald das Programm steht – auf unserer Webseite [www.dgli.de](http://www.dgli.de).

Gerne können Sie sich auch an unseren Delegationsleiter Dr. Carsten Klein, DGLI-Vizepräsident, wenden unter der E-Mail: [info@dgli.de](mailto:info@dgli.de).



Bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post oder Email info@dgli.de an die DGLI senden!



An die  
Deutsche Gruppe der Liberal International e.V.  
Reinhardtstr. 16  
10117 Berlin

## MITGLIEDSANTRAG\*

Hiermit beantrage ich,

Name, Vorname: ..... Geburtsdatum: .....

Straße, Hausnummer: .....

PLZ, Stadt: .....

Tel., E-Mail: .....

die **Mitgliedschaft** in der Deutschen Gruppe der Liberal International e.V. (DGLI).

Jahresbeitrag:

Der Jahresbeitrag beträgt 50,00 Euro für die **Einzelmitgliedschaft**, 80,00 Euro für **Ehepartner** (40,00 Euro je Partner)

und 30,00 Euro für **Auszubildende, Schüler und Studenten** (auf **besonderen Antrag** nach Beschluss des Präsidiums).

Datum: ..... Unterschrift: .....

\*Bitte deutlich, ggf. in Druckbuchstaben, schreiben!

Geschäftssitz Berlin – Amtsgericht Charlottenburg – 95 VR 13126 B  
Bankverbindung: COMMERZBANK AG Berlin  
IBAN DE18 1004 0000 0924 6000 00  
BIC COBADEFFXXX



## DGLI-SEKTIONEN

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Sektionsvorsitzender  
Daniel Obst  
E-Mail: office@judgedan.de

### BAYERN

Sektionsvorsitzende  
Cécile Prinzbach  
cecile.prinzbach@t-online.de

### BERLIN

Sektionsvorsitzende  
Saba Farzan  
E-Mail: saba.farzan64@gmail.com

### BRANDENBURG

Sektionsvorsitzender  
Patrick Meinhardt  
E-Mail: Patrick.Meinhardt@dgli.de

### HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN

Sektionsvorsitzende  
Maria Luisa Warburg  
E-Mail: m.l.warburg@hamburg.de

### HESEN

Sektionsvorsitzende  
Katharina Schreiner  
E-Mail: K.Schreiner@fdp-frankfurt.de

### MECKLENBURG-VORPOMMERN

Sektionsvorsitzender  
Gino Leonhard  
E-Mail: gino-leonhard@online.de

### NIEDERSACHSEN / BREMEN

E-Mail: info@dgli.de

### NORDRHEIN-WESTFALEN

Sektionsvorsitzende  
Claudia Bögel-Hoyer  
E-Mail: claudia.boegel-hoyer@web.de

### RHEINLAND-PFALZ

Sektionsvorsitzender  
Johannes Knewitz  
E-Mail: johannesknewitz@gmail.com

### SAARLAND

E-Mail: info@dgli.de

### SACHSEN

Sektionsvorsitzender  
Frank Müller-Rosentritt MdB  
E-Mail: frank.mueller-rosentritt@bundestag.de

### SACHSEN-ANHALT

E-Mail: info@dgli.de

### THÜRINGEN

Sektionsvorsitzender  
Dr. Wolfgang Weisskopf  
w.weisskopf@weisskopf-law.com

### AUSLANDSSEKTION EUROPA

E-Mail: info@dgli.de

Deutsche Gruppe Liberal International e. V.,  
Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin